



HESSEN



# Bericht aus Brüssel

09/2022 vom 06.05.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	4
Ausschuss der Regionen.....	8
Wirtschaft.....	8
Verkehr.....	10
Energie.....	11
Digital.....	13
Forschung.....	15
Finanzdienstleistungen.....	16
Finanzen.....	18
Soziales.....	18
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	20
Umwelt.....	22
Landwirtschaft.....	24
Justiz.....	27
Bildung und Kultur.....	28
Information, Kommunikation und Medien.....	29
EU-Förderprogramme.....	29
Veranstaltungen.....	30
Vorschau.....	33

### **Konferenz zur Zukunft Europas**

Die Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas erzielte im Rahmen ihrer letzten Sitzung am 29./30.04.2022 weitestgehend Konsens zu den 325 Bürgervorschlägen zur Reform der EU. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Institutionen einigten sich auf 49 detaillierte Vorschläge, die eine breite Palette von Themen abdecken. So gliedern sich die angenommenen Vorschläge in neun Themenbereiche: Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; die EU in der Welt; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; digitaler Wandel; europäische Demokratie; Migration; Bildung, Kultur, Jugend und Sport. In diesem Zusammenhang gehören Forderungen nach einer Umstellung der Energieerzeugung auf Energien aus erneuerbaren Quellen, die Einführung eines Rechts auf Gesundheitsversorgung für alle EU-Bürger, ein legislatives Initiativrecht für das Europäische Parlament, die Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat in der Außenpolitik und die Verbesserung der Bildung in den Bereichen Umwelt, digitale Technologien sowie soziale Kompetenzen und EU-Werte. Die am Plenum teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger äußerten sich ebenfalls zu diesen Vorschlägen. Die Konferenz über die Zukunft Europas wird offiziell mit einer Abschlussveranstaltung am 09.05.2022 in Straßburg begangen werden. Dabei werden die Ko-Vorsitzenden des Exekutivausschusses der Konferenz den Präsidenten des EU-Parlaments, des Rates und der Kommission bei einer Zeremonie in Straßburg die Schlussfolgerungen der Konferenz übergeben. Die drei Institutionen haben sich verpflichtet, die Ergebnisse der Konferenz weiterzuverfolgen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20220428STO28117/zeit-fur-echte-eu-einheit-konferenz-billigt-vorschlaege-fur-veraenderungen>

### **EP; Follow-Up Debatte und Entschließung zu den Folgemaßnahmen zu der Konferenz zur Zukunft Europas**

Im Nachgang der letzten Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas am 29./30.04.2022 hat am 03.05.2022 eine zweistündige Plenardebatte zu den weitestgehend im Konsens erzielten 325 Bürgervorschlägen zur Reform der EU im Europäischen Parlament in Anwesenheit von KOM VP'in Dubravka Šuica und VP Margaritis Schinas stattgefunden. Eine breite Mehrheit von EVP, S&D, Renew, Grünen und Linken zog eine positive Bilanz und hat sich dafür ausgesprochen, alle Vorschläge umzusetzen, durch konkrete Gesetzesvorschläge aber auch durch Einberufung eines Konvents, um die notwendigen Vertragsänderungen anzustoßen, wie z.B. Abschaffung nationaler Vetos, Initiativrecht des EP, mehr EU Kompetenzen im Gesundheitsbereich. EKR und ID hingegen kritisierten die Zukunftskonferenz vehement. Das EP begrüßt in seiner Entschließung die Schlussfolgerungen der Konferenz, die von der Plenarversammlung der Konferenz am 30.04.2022 gebilligt wurden. Es ist der Ansicht, dass die Konferenz zu einer innovativen und erfolgreichen Beteiligung der Unionsbürger geführt und den Unionsorganen eine zusätzliche Chance geboten habe, da sie zu einem umfassenden Dialog zwischen den Bürgern, den nationalen Parlamenten, den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, den Sozialpartnern und den Organisationen der Zivilgesellschaft über die Zukunft der Union beigetragen habe. Das EP betont weiterhin die Bedeutung der parlamentarischen Dimension der Konferenz und bringt seinen Wunsch zum Ausdruck, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament auszubauen und zu stärken. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die EU im Rahmen der Reaktion auf die COVID-19-Pandemie ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt habe, in Bezug auf Gesundheit,

Wirtschaftswachstum und sozialen Zusammenhalt innovative und gemeinsame Lösungen voranzutreiben. Dies solle nun in einen neuen und dauerhaften institutionellen und politischen Rahmen überführt werden. Das EP sei bereit, seinen Aufgaben gerecht zu werden und für angemessene Folgemaßnahmen zu den Ergebnissen der Konferenz Sorge zu tragen. Daher werde die Einberufung eines Konvents durch Aktivierung des in Artikel 48 des Vertrags über die Europäische Union vorgesehenen Verfahrens zur Änderung der Verträge und gefordert. Es fordere den Ausschuss für konstitutionelle Fragen auf, das erforderliche Verfahren einzuleiten. Das EP beauftragte schließlich seine Präsidentin, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220429IPR28227/schlussfolgerungen-der-konferenz-erfordern-anderungen-der-eu-vertrage>

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Kommission; Vorschlag 6. Sanktionspaket gegen Russland**

Kommissionspräsidentin von der Leyen hat am 04.05.2022 vor dem EP in StraÙburg und in einer anschließenden Presseerklärung den Vorschlag der Kommission für das 6. Sanktionspaket gegen Russland vorgestellt. Der Vorschlag für das 6. Sanktionspaket gegen Russland beinhaltet ein vollständiges Embargo für russisches Öl (vollständiges Einfuhrverbot für sämtliches russisches Öl, ob Seeweg oder Pipeline, ob Rohöl oder raffiniert). Russische Rohöllieferungen sollen innerhalb von sechs Monaten und raffinierte Erzeugnisse bis Ende des Jahres auslaufen. Weiterhin beinhaltet der Vorschlag, dass die russische Sberbank und zwei weitere große russische Banken von SWIFT abgekoppelt werden sollen, es soll Strafmaßnahmen gegen hochrangige Offiziere und andere Einzelpersonen, die in Butscha Kriegsverbrechen begangen haben und die für die unmenschliche Belagerung der Stadt Mariupol verantwortlich sind, geben. GroÙen russischen Staatssendern sollen Sendefrequenzen in der EU gestrichen werden und Dienstleistungen von europäischen Wirtschaftsprüfern, Beratern und Spin-Doktoren sollen nicht länger für russische Unternehmen erbracht werden dürfen. Der Rat muss die Sanktionen noch einstimmig beschließen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech\\_22\\_2785](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_22_2785)

## Europäisches Parlament

### **Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 02.-05.05.2022 in StraÙburg**

#### Ukraine: Wirtschaftliche und soziale Folgen des Krieges für die EU

Am 04.05.2022 fand eine Debatte zur Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des russischen Kriegs in der Ukraine für die EU statt. EU-interne Solidarität sei für die Ukraine entscheidend, erklärten die MdEP in einer Debatte mit der französischen Staatsministerin Klinkert und Kommissionspräsidentin von der Leyen. Sie begrüÙten das sechste Sanktionspaket gegen Russland und das Aufbaupaket für die Ukraine, die beide von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgestellt wurden. Die MdEP betonten die Notwendigkeit, auch die vom Krieg betroffenen EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Unternehmen zu unterstützen, und riefen zur Einigkeit

unter den Mitgliedstaaten auf. Sie forderten Unterstützung insbesondere auch für Länder, die am stärksten unter den Auswirkungen des Krieges zu leiden haben, sei es aufgrund ihrer Abhängigkeit von russischem Gas und Öl oder weil sie eine große Zahl ukrainischer Flüchtlinge aufgenommen haben. Die meisten MdEP betonten, dass Putin besiegt werden müsse, betonten aber auch, dass dies am besten durch die Verringerung der Kosten für die EU selbst erreicht werden könne. Dies würde es ermöglichen, die Einheit unter den Mitgliedstaaten zu wahren, die Auswirkungen auf Haushalte und Unternehmen abzufedern und der EU zu erlauben, den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg besser zu unterstützen. Die MdEP wiesen auf die Notlage der Menschen in der EU hin, die sich zwischen dem Kauf von Lebensmitteln und der Beheizung ihrer Häuser entscheiden müssen, und forderten die Kommission auf, von Fall zu Fall zu prüfen, ob neue Rechtsvorschriften, die die ohnehin schon angeschlagenen Unternehmen zusätzlich belasten könnten, wirklich eingeführt werden sollten.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-05-04-ITM-004\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-05-04-ITM-004_DE.html)

### Rede des italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi vor dem Plenum

Der italienische Ministerpräsident Mario Draghi sprach am 03.05.2022 im Plenum über die Lage der EU und seine Vision für die Zukunft der EU. Dies war die zweite Aussprache einer Reihe von Debatten über die EU mit dem Titel "Das ist Europa". Die erste fand auf der Plenartagung im März mit Kaja Kallas, der Ministerpräsidentin Estlands, statt. Die Institutionen der Europäischen Union seien den Herausforderungen der modernen Welt nicht gewachsen und es sei an der Zeit, über eine Überarbeitung der EU-Verträge nachzudenken, erklärte der italienische Ministerpräsident Mario Draghi vor dem Plenum. Die Summe der aktuellen Krisen, mit denen Europa konfrontiert ist - der Krieg in der Ukraine, der Anstieg der Energiepreise und der Zustrom von Flüchtlingen - "zwingt uns dazu, den Integrationsprozess zu beschleunigen," so Draghi. "Wir müssen den Bürgern Europas zeigen, dass wir in der Lage sind, ein Europa zu führen, das seinen Werten, seiner Geschichte und seiner Rolle in der Welt gerecht wird. Wir müssen über das Prinzip der Einstimmigkeit hinausgehen (...) und zu Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit übergehen", für ein "Europa, das in der Lage ist, Entscheidungen rechtzeitig zu treffen". Draghi fügte hinzu, Italien wolle bei der Gestaltung der Zukunft der EU eine führende Rolle spielen. "Die europäischen Institutionen, die unsere Vorgänger im Laufe der Jahrzehnte aufgebaut haben, haben den europäischen Bürgern gute Dienste geleistet, aber sie sind für die Realität, die wir heute vor uns haben, unzureichend", sagte Draghi. "Wir brauchen einen pragmatischen Föderalismus, der alle Bereiche umfasst, die von den Veränderungen betroffen sind, von der Wirtschaft über die Energie bis zur Sicherheit. Wenn dies den Beginn eines Weges erfordert, der zu einer Überarbeitung der Verträge führt, sollte dies mit Mut und Zuversicht in Angriff genommen werden". "Ein Europa, das in der Lage ist, schnell Entscheidungen zu treffen, ist ein Europa, das gegenüber seinen Bürgern und der Welt glaubwürdiger ist", sagte er. „Wir haben die EU nicht nur zu einem Wirtschaftsraum gemacht, sondern auch zu einem Raum, der die Rechte und die Würde des Menschen verteidigt“, sagte Draghi weiter und betonte, dass dies „ein Erbe sei, das wir nicht vergeuden dürften“. "Jetzt ist es an der Zeit, diesen Weg fortzusetzen", fuhr er fort. "Die Konferenz über die Zukunft Europas geht am 9. Mai zu Ende, und die Abschlusserklärung fordert uns auf, sehr ehrgeizig zu sein. Wir wollen bei der Gestaltung des neuen Europas an vorderster Front dabei sein. In einem geopolitischen Rahmen, der plötzlich gefährlicher und unsicherer geworden ist, müssen wir die wirtschaftliche und soziale Notlage angehen und die Sicherheit unserer Bürger gewährleisten.“ In Bezug auf die russische Aggression gegen die Ukraine betonte er, dass "die Priorität darin besteht, so bald wie möglich einen Waffenstillstand

zu erreichen". Er fügte hinzu: "Wir wollen die Ukraine in der EU haben" und "wir müssen auch so schnell wie möglich vorankommen". Draghi schlug außerdem vor, die Koordinierung zwischen den nationalen Verteidigungssystemen zu verbessern, die Art und Weise, wie die EU die Migration steuert, zu verstärken sowie die Rechnungen und Kraftstoffpreise zu senken und die Löhne zu stützen, um Familien zu unterstützen. "Jetzt ist es an der Zeit, dies voranzutreiben". Draghi regte an, den Anwendungsbereich von SURE für diesen Zweck auszuweiten. Draghi warnte: „Die Zinssätze ziehen an.“ Durch eine Ausweitung des Anwendungsbereichs von SURE könne die EU „das Risiko einer Finanzinstabilität eingrenzen“. Für langfristige Investitionen müsse das Modell von NextGenEurope weiterentwickelt werden. Denn: „Wir sollten auch mögliche künftige Krisen antizipieren!“ - so Draghi. Eine breite Mehrheit der MdEP unterstützte Mario Draghis Forderung, die EU zu reformieren, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und den Übergang zu gewährleisten, im Grundsatz.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-05-03-ITM-005\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-05-03-ITM-005_DE.html)

### Europawahl: Für einen EU-weiten Wahlkreis und Urnengang am Europatag

Am 03.05.2022 hat das EP den Initiativbericht von MdEP Domènec Ruiz Devesa (S&D/ESP), der die Regeln für die Europawahlen überarbeiten soll, angenommen. Der Entwurf des Gesetzgebungsakts wurde mit einer Mehrheit von 323 - 262 - 48 angenommen, die dazugehörige Entschließung mit einer Mehrheit von 331 - 257 - 52. Das EP schlägt darin ein Zweistimmensystem für die Europawahl vor: eine Stimme für die Wahl der MdEP in den Wahlkreisen der Mitgliedstaaten und eine weitere für einen EU-weiten Wahlkreis, in dem 28 zusätzliche Sitze vergeben werden. Um auf diesen Listen für geografische Ausgewogenheit zu sorgen, sollen die Mitgliedstaaten je nach ihrer Bevölkerungszahl in drei Gruppen eingeteilt werden. Auf diesen Listen sollen Kandidatinnen und Kandidaten aus diesen drei Gruppen proportional vertreten sein. EU-weite Kandidatenlisten sollten von europäischen Wahleinheiten wie Bündnissen einzelstaatlicher Parteien oder einzelstaatlicher Wählervereinigungen bzw. von europäischen Parteien eingereicht werden. Das EP möchte auch gegen das Geschlechtergefälle vorgehen – trotz der allgemeinen Verbesserung bei der letzten Wahl wurde in einigen EU-Staaten keine einzige Frau ins EP gewählt. Es schlägt daher verbindliche Listen nach dem Reißverschlussystem (d. h. abwechselnd weibliche und männliche Kandidaten) oder Quoten vor. Die Rechte nicht-binärer Menschen sollen dabei nicht verletzt werden. Um die Wahl europaweit einheitlicher zu gestalten, wird außerdem Folgendes vorgeschlagen:

9. Mai als europaweiter Wahltag

passives Wahlrecht für alle Europäerinnen und Europäer ab 18 Jahren

verbindliche Sperrklausel von 3,5 % für Wahlkreise, in denen mindestens 60 Sitze vergeben werden

gleicher Zugang zu den Wahlen für alle, auch für Menschen mit Behinderungen, und Ermöglichung der Briefwahl sowie

Recht der Bürgerinnen und Bürger darauf, den Kommissionspräsidenten nach dem Spitzenkandidatensystem über EU-weite Listen zu wählen

Außerdem soll eine neue Europäische Wahlbehörde eingerichtet werden, die das Verfahren überwacht und für die Einhaltung der neuen Vorschriften sorgt.

Nach Artikel 223 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union muss die Gesetzesinitiative des Parlaments vom Rat einstimmig angenommen werden. Danach würde sie wieder dem Parlament vorgelegt, damit es seine Zustimmung erteilt, und anschließend müsste sie von allen Mitgliedstaaten im Einklang mit ihrem jeweiligen Verfassungsrecht gebilligt werden. Die Verhandlungen mit dem Rat beginnen, sobald die Mitgliedstaaten ihren Standpunkt festgelegt haben.

### Einheitliches Ladekabel: Elektroschrott verringern

Das EP ist bereit für die Verhandlungen über einheitliche Ladekabel, um Elektronikabfall zu verringern und das Aufladen von Handys und anderen Geräten zu erleichtern. Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz hat am 20.04.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Alex Agius Saliba (S&D/MTA) seinen Standpunkt zur Überarbeitung der Funkanlagenrichtlinie angenommen. Die Verhandlungen mit den EU-Regierungen über die endgültige Form der Rechtsvorschriften können nun beginnen, nachdem der Standpunkt des Parlaments durch eine Ankündigung im Plenum bestätigt worden ist (siehe Beitrag unter „Verbraucherschutz“).

### Künstliche Intelligenz: EU muss globale Standards setzen

Der Abschlussbericht des Sonderausschusses zu künstlicher Intelligenz warnt davor, dass die EU im weltweiten Wettlauf um die technologische Führungsposition ins Hintertreffen geraten ist. In dem Bericht von MdEP Axel Voss (EVP/DEU), der am 03.05.2022 angenommen wurde, warnen die MdEP davor, dass die EU das Risiko eingeht, die Entwicklung von Standards in Zukunft anderen zu überlassen, oft nicht-demokratischen Akteuren, und fordern, dass Europa weltweiter Normgeber im Bereich der KI sein muss.

### Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen: Debatte und Entschließung

Das EP hat am 05.05.2022 den Rat und die Kommission aufgefordert, mehr Maßnahmen zu ergreifen, um die Verschlechterung der EU-Werte in Ungarn und Polen zu bekämpfen. In einer mit einer Mehrheit von 426 - 133 - 37 angenommenen Entschließung begrüßen die MdEP, dass die französische Ratspräsidentschaft die Anhörungen nach Artikel 7(1) des Vertrags wieder aufgenommen hat, fordern den Rat jedoch auf, "echtes Engagement" zu zeigen und "bedeutsame Fortschritte" zum Schutz der europäischen Werte zu erzielen. Sie betonen, dass das Versäumnis Ungarns und Polens, die zahlreichen Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen, inakzeptabel sei; alle Mitgliedstaaten müssten das EU-Recht respektieren, stellen sie fest. In dem Text wird gefordert, dass die Anhörungen konsequenter, transparenter und entschlossener durchgeführt werden. Die Anhörungen sollten in regelmäßiger, strukturierter und offener Weise organisiert werden und müssen konkrete Folgemaßnahmen sowie eine rasche Annahme von Empfehlungen mit klaren Fristen an die betreffenden Mitgliedstaaten nach sich ziehen. Die MdEP betonen, dass "im Rat keine Einstimmigkeit erforderlich ist, um ein eindeutiges Risiko einer schwerwiegenden Verletzung der Werte der Union festzustellen". Die MdEP fordern, dass der Rat das Parlament in jeder Phase zeitnah und umfassend informiert, was bisher nicht der Fall war. Es bestehe ein dringender Bedarf an einem umfassenden EU-Mechanismus für die EU-Werte, bekräftigen sie und verurteilen die Weigerung der anderen Institutionen, mit dem Parlament in Verhandlungen zu treten, um ein solches Instrument zu entwickeln. Das Parlament stellt fest, dass die Kommission im April ein formelles Verfahren gegen Ungarn im Rahmen der Konditionalitätsverordnung eingeleitet hat, nicht aber gegen Polen. Die MdEP erwarten, dass sich der Rat vorrangig mit diesem Problem befasst. Außerdem fordern die MdEP beide Institutionen auf, die nationalen Pläne Ungarns und Polens im Rahmen der Fazilität für Konjunkturbelebung und Widerstandsfähigkeit nicht zu genehmigen. Dies sollte erst dann geschehen, wenn beide Länder alle Empfehlungen des Europäischen Semesters im Bereich der Rechtsstaatlichkeit vollständig erfüllen und alle relevanten Urteile umsetzen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0204\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0204_DE.html)

## Ausschuss der Regionen

### **AdR; 149. AdR-Plenarsitzung**

Am 27. und 28.04.2022 fand als hybride Sitzung das 149. AdR-Plenum statt. Für Hessen nahm Europastaatssekretär Uwe Becker, teil. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Entschließung zur Unterstützung der Regionen und Städte der EU für die Ukraine“, „Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auf subnationaler Ebene und Abmilderung der territorialen Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU“, „Neues Europäisches Bauhaus: attraktiv – nachhaltig – gemeinsam“, „Europäische Missionen“, „Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen“, „Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung“, „Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen in der Union“, „Stärkung der Demokratie und Integrität der Wahlen“, „Europäische Hochschulstrategie“, „Künftige EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen für Landwirtschaft, ländliche Gebiete und Forstwirtschaft“, „Neue EU-Waldstrategie für 2030“, „Anpassung des EHS und des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems an die Bedürfnisse der Städte und Regionen der EU“, „Änderung der Energieeffizienz-Richtlinie zur Anpassung an die neuen Klimaziele für 2030“, „für eine sozial gerechte Umsetzung des Grünen Deals“, „Änderung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie zur Anpassung an die neuen Klimaziele für 2030“, „Entschließung „REPowerEU: Städte und Regionen bringen die Energiewende voran“ sowie „Überarbeitung der LULUCF- und der Lastenteilungsverordnung“. Darüber hinaus fanden mit folgenden Persönlichkeiten Aussprachen statt: mit Vitali Klitschko, Bürgermeister von Kiew, mit Wadym Bojtschenko, Bürgermeister von Mariupol, mit Elisa Ferreira, Kommissarin für Kohäsion und Reformen, Europäische Kommission sowie mit Janez Lenarčič, Kommissar für Krisenmanagement.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182078&meetingSessionId=2227828>

## Wirtschaft

### **Kommission; Handels- und Technologierat EU-Indien**

Am 24./25.04.2022 fanden in Neu-Delhi (Indien) hochrangige Konsultationen zwischen der EU und Indien unter Leitung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und des indischen Premierministers Narendra Modi statt. Von der Leyen und Modi haben in diesem Rahmen am 25.04.2022 vereinbart, einen Handels- und Technologierat EU-Indien ins Leben zu rufen. Es soll sich dabei um einen strategischen Koordinierungsmechanismus handeln. Damit soll die Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien an den Schnittstellen von Handel, vertrauenswürdiger Technologien und Sicherheit verbessert werden. Aufgrund des veränderten geopolitischen Umfelds wird ein gemeinsames eingehendes strategisches Engagement für erforderlich gehalten. Bislang verfügt die EU bereits über einen solchen Handels- und Technologierat mit den USA.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-und-indien-grunden-handels-und-technologierat-2022-04-25\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-und-indien-grunden-handels-und-technologierat-2022-04-25_de)



### **Kommission; Genehmigung von Beihilfen für Unternehmen in LIT nach Sanktionen von China**

Die Kommission hat am 26.04.2022 nach den EU-Beihilfavorschriften eine mit 130 Mio. EUR ausgestattete Beihilferegelung genehmigt, die LIT bei der Kommission angemeldet hatte. Im Rahmen dieser Regelung erhält LIT die Möglichkeit bis zum 31. 12.2027 bzw. bis zur Aufhebung der von China verhängten Sanktionen Unternehmen (vgl. BaB 02/2022) Darlehen von bis zu 5 Mio. EUR zu gewähren. Die Regelung steht Unternehmen aus allen Wirtschaftszweigen offen, mit Ausnahme des Finanzsektors, der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei und Aquakultur.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_2665](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2665)

### **Kommission; Genehmigung der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch die Gauselmann AG und die „Greentube“**

Die Kommission gab am 28.04.2022 bekannt, die Gründung eines neuen Gemeinschaftsunternehmens durch die deutsche Gauselmann AG und die österreichische Greentube Internet Entertainment Solutions GmbH ("Greentube") nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt zu haben. Das Gemeinschaftsunternehmen will eine Plattform für Online-Glücksspiele in DEU einrichten. Gauselmann ist in der Entwicklung und im Vertrieb von Spielautomaten, in der Entwicklung von Glücksspielen, Online-Glücksspielen und Sportwetten sowie im Betrieb von Spielhallen, vor allem in DEU, tätig. Im Rhein-Main-Gebiet ist die Gauselmann AG vor allem mit der Marke „Mercur“ bekannt. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die geplante Übernahme keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft, da sie nur geringe Auswirkungen auf den Markt hat.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex\\_22\\_2725](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_22_2725)

### **Kommission; strategische Partnerschaften mit Regionen in äußerster Randlage**

Die Kommission hat am 03.05.2022 ihre erneuerte Strategie für EU-Gebiete in äußerster Randlage verabschiedet. Die Strategie zielt darauf ab, das Potenzial dieser Gebiete durch geeignete Investitionen und Reformen freizusetzen. Sie stützt sich auf fünf Säulen. Zum einen geht es darum, die Menschen mehr in den Mittelpunkt zu stellen und deren Lebensbedingungen zu verbessern. Zweitens geht es darum, die einzigartigen Vorzüge der verschiedenen Gebiete nutzen, wie z.B. die biologische Vielfalt, oder die blaue Wirtschaft. Drittens geht es um die Unterstützung bei dem nachhaltigen, umweltfreundlichen und klimaneutralen Umbau der Wirtschaft. Vierte Säule ist die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit mit Nachbarländern und -regionen. Fünfte Säule ist die Verstärkung der Partnerschaft und des Dialogs, unter anderem durch gezielte Unterstützung für den Aufbau von Verwaltungskapazitäten, um ihre Beteiligung an EU-Programmen zu verbessern. Zu den EU-Gebieten in äußerster Randlage gehören Guadeloupe, Französisch-Guayana, Martinique, Mayotte, Réunion und Saint-Martin (FRA), Azoren und Madeira (PTL) und die Kanarischen Inseln (ESP).

[https://ec.europa.eu/regional\\_policy/en/information/publications/communications/2022/putting-people-first-securing-sustainable-and-inclusive-growth-unlocking-the-potential-of-the-eu-s-outermost-regions](https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/communications/2022/putting-people-first-securing-sustainable-and-inclusive-growth-unlocking-the-potential-of-the-eu-s-outermost-regions)

### **Kommission; Genehmigung einer deutschen Rahmenregelung zur Unterstützung von Unternehmen infolge der russischen Aggression gegen die Ukraine**

Die Kommission gab am 04.05.2022 bekannt, dass sie eine von DEU angemeldete Rahmenregelung mit einem Budget von insgesamt 11 Mrd. EUR genehmigt hat. Damit will DEU vor dem Hintergrund der Aggression Russlands gegen die Ukraine Unternehmen in allen Wirtschaftszweigen unterstützen. Mit dieser Rahmenregelung

können Beihilfen in Form von Kreditbürgschaften („Garantieregung“) und zinsvergünstigten Darlehen („Regelung für zinsvergünstigte Darlehen“) gewährt werden. Die Rahmenregelung wurde auf der Grundlage des am 23.03.2022 von der Kommission erlassenen Befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen genehmigt, in dem die Kommission mit Blick auf Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) anerkennt, dass das Wirtschaftsleben der gesamten EU beträchtlich gestört ist (vgl. BaB 07/2022). Bereits am 19.04.2022 hatte die Kommission auf dieser rechtlichen Grundlage eine erste von DEU angemeldete Rahmenregelung genehmigt (vgl. BaB 08/2022).

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_2766](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_2766)

### **Kommission; Bekanntgabe der Förderung von fünf Leuchtturmprojekten im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB)**

Die Kommission gab am 04.05.2022 bekannt, fünf Leuchtturmprojekte im Rahmen des NEB mit jeweils rund 5 Mio. EUR zu fördern. Diese Förderung soll dazu dienen, dass diese ihre Pläne in 11 Mitgliedstaaten (BEL, DEU, DNK, GRI, ITL, KRO, LET, NDL, SLO, PTL, CZR) sowie Norwegen und die Türkei umsetzen. Sie werden sich mit Themen wie Gebäudesanierung, Kreislaufwirtschaft, Kunst, Kulturerbe, Bildung, intelligente Städte, städtische und ländliche Erneuerung und mehr befassen. Die Projekte sollen innerhalb von zwei Jahren innovative Ideen und Lösungen hervorbringen, die für andere NEB-Aktionen wegweisend sein werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_2780](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2780)

## V e r k e h r

### **Kommission; Konsultation zu Gewicht und Abmessungen für Nutzfahrzeuge**

Die Kommission hat am 26.04.2022 eine öffentliche Konsultation zu bestimmten Vorgaben für das Gewicht und die Abmessungen für Nutzfahrzeuge bei der Güter- oder Personenbeförderung eröffnet. Die Kommission will bewerten, ob die bestehenden Vorschriften zu einem reibungslosen funktionierenden Binnenmarkt beitragen. Zudem will sie künftig die Umweltbilanz dieser Fahrzeuge verbessern und auch die Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen. Die Konsultationsfrist endet am 19.07.2022

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13278-Nutzfahrzeuge-Gewicht-und-Abmessungen-Bewertung-de>

### **Kommission; Sondierungen zur Aktualisierung der Vorschriften über die Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen in der EU**

Die Kommission hat am 26.04.2022 Sondierungen zur Aktualisierung der geltenden allgemeinen Bestimmungen über die Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen der EU eingeleitet. Sie hat ihre Vorschriften, nach der die Zeitnischen genutzt werden müssen, damit sie nicht verfallen, vorübergehend gelockert, um Luftfahrtunternehmen während der COVID-19-Pandemie zu helfen. Diese Lockerung gilt bis zum 29.10.2022. Aus Sicht der Kommission nimmt der Luftverkehr langsam wieder zu. Sie hält aber noch weitere Schocks für möglich, wenn neue Virusvarianten auftauchen und Länder erneut Reisbeschränkungen erheben. Zudem wären die Auswirkungen zu berücksichtigen die durch die Aggression Russlands gegen die Ukraine mit der Konsequenz der Schließung des Luftraums entstanden sind. Die geplante Aktualisierung soll diesen Entwicklungen Rechnung tragen. Die Sondierungsfrist endet am 24.05.2022.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13452-Update-of-common-rules-for-the-allocation-of-slots-at-European-Union-airports- de>

### **EuG; Rechtmäßigkeit der von der Kommission genehmigten Rettungsbeihilfe zugunsten der rumänischen Fluggesellschaft TAROM**

Die Kommission hatte mit Beschluss vom 24.02.2020 ohne Eröffnung eines förmlichen Prüfverfahrens eine von ROM am 19.02.2020 angemeldete Beihilfemaßnahme zur Rettung der rumänischen Fluggesellschaft TAROM genehmigt. Dagegen klagte die Fluggesellschaft Wizz Air Hungary Zrt. Mit Urteil vom 04.05.2022 wies das Gericht der Europäischen Union (EuG) in der Rechtssache T-718/20, die Klage in vollem Umfang ab. Das EuG weist zunächst darauf hin, dass die Kommission verpflichtet ist, das förmliche Prüfverfahren zu eröffnen, wenn die Vereinbarkeit einer angemeldeten Beihilfe mit dem Binnenmarkt zweifelhaft ist. Das EuG stellt fest, dass die Kommission angesichts des schlechten Zustands der rumänischen Straßen- und Schieneninfrastruktur zu Recht davon ausgegangen war, dass die regionale Anbindung durch inländische Flugverbindungen und die internationale Anbindung, die beide durch TAROM gewährleistet werden, einen wichtigen Dienst darstellen, dessen Unterbrechung wahrscheinlich zu schwerwiegenden sozialen Härten oder zu schwerem Marktversagen führen würde. Das EuG stellt sodann fest, dass die vorgebrachten Argumente der Klägerin diese Analyse der Kommission nicht entkräften können. Folglich konnte die Kommission zu Recht bereits auf dieser Grundlage zu dem Ergebnis kommen, dass die angemeldete Beihilfe den Erfordernissen der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten entspricht. Das EuG weist auch die weiteren Nichtigkeitsgründe der Klägerin zurück, wonach es rechtsfehlerhaft gewesen sei, dass die Kommission trotz der Bedenken, die ihr bei der vorläufigen Beurteilung der Voraussetzung der Einmaligkeit der Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen hätten kommen müssen, kein förmliches Prüfverfahren eröffnet habe.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-718/20>

## E n e r g i e

### **Kommission; Genehmigung der Verlängerung einer deutschen Regelung zur Senkung der Stromumlage für Kraft-Wärme-Kopplung (KWK-Umlage)**

Die Kommission hat am 28.04.2022 die Verlängerung einer deutschen Regelung zur Senkung der KWK-Umlage, die zusätzlich zu den Netzentgelten für Eisenbahnunternehmen erhoben wird, nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Die mit 150 Mio. Euro ausgestattete Regelung wurde im Jahr 2016 von der Kommission genehmigt. Diese Regelung lief am 21.08.2021 aus. DEU hatte daher eine Verlängerung bis 21.08.2026 bei der Kommission angemeldet. Eisenbahnunternehmen, die in einem bestimmten Jahr einen Verbrauch von 1 Gigawattstunde erreichen, können damit weiterhin in Form direkter Zuschüsse gefördert werden.

<https://germany.representation.ec.europa.eu/news/senkung-der-energiekosten-fur-eisenbahnunternehmen-kommission-genehmigt-verlangerung-der-deutschen-2022-04-28 de>

### **Kommission; Treffen der EU-/USA-Taskforce zur Energiesicherheit**

Am 28.04.2022 gab es ein Treffen der EU-/US-Taskforce für Energiesicherheit in Washington, um die Umsetzung der gemeinsamen Erklärung von US-Präsident Biden und Kommissionspräsidentin von der Leyen vom 25.03.2022 zu erörtern. In der

Sitzung wurden u.a. die Fortschritte bei der Diversifizierung der Erdgasversorgung und der Verringerung der Erdgasnachfrage in Europa untersucht. Gegenstand der Gespräche waren auch die Energiebeschaffungsplattform der EU sowie die Pläne, einen Rahmen zu schaffen, um die Diversifizierung der Gasversorgung, einschließlich zusätzlicher LNG-Lieferungen, zu beschleunigen. Zudem wurde über Möglichkeiten zur Verringerung der Erdgasnachfrage in Europa gesprochen, unter anderem durch den Einsatz von Wärmepumpen, durch Technologien zur Förderung von Energieeffizienz und -einsparungen (z. B. intelligente Thermostate) und durch erneuerbare Energien.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT\\_22\\_2750](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_22_2750)

### **Kommission; erste regionale EU-Plattform zur Energiebeschaffung in BUL**

Nachdem das russische Unternehmen Gazprom angekündigt hatte, die Gaslieferungen an BUL einzustellen, haben sich die Kommission und BUL am 28.04.2022 darauf verständigt, in Sofia eine erste regionale Plattform einzurichten. Diese soll Teil der Energiebeschaffungsplattform der EU werden. Sie soll sich mit Gas- und Stromversorgungsbedarf, Preisen und Fragen der Infrastruktur befassen. Sie soll die Umsetzung gemeinsamer Vorsorgepläne in der Region unterstützen und koordinieren, einschließlich internationaler Einkäufe, Speicherung und Leitungsanbindungen, und damit zur Versorgungssicherheit in BUL, und darüber hinaus beitragen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/read\\_22\\_2730](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/read_22_2730)

### **Rat; außerordentliche Sitzung des Rates Energie am 02.05.2022 zu Gaslieferungen von Gazprom**

Auf der außerordentlichen Sitzung des Rates Energie am 02.05.2022 stand ein Gedankenaustausch über die Lage der Energieversorgung in der EU angesichts des Kriegs in der Ukraine im Mittelpunkt der Beratungen. Die Ministerinnen und Minister bekräftigten ihre Solidarität mit der Ukraine sowie BUL und POL, die davon betroffen sind, dass Gazprom die Gaslieferungen ungeachtet der geltenden Verträge ausgesetzt hat. Sie legten zudem ihre Analyse der Lage angesichts der jüngsten Entwicklungen dar und tauschten sich zu Solidaritätsmaßnahmen und zu möglichen Sofortmaßnahmen zum Ausbau und zur besseren Koordinierung des Informationsaustauschs, insbesondere in Bezug auf den nationalen Verbrauch, aus. Sie führten eine Bestandsaufnahme hinsichtlich möglicher zusätzlicher Maßnahmen in Bezug auf die Sicherung der Versorgung, den Transit von Erdgas und die Verwaltung der Erdgasvorräte, insbesondere im Hinblick auf die kommenden Wochen und Monate, durch. Die Ministerinnen und Minister begrüßten insbesondere die raschen Fortschritte bei den Verhandlungen über die Verordnung über die Gasspeicherung und sprachen die Hoffnung aus, dass diese in Kürze abgeschlossen werden. Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, auf eine schrittweise Beendigung der Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen aus Russland hinzuarbeiten. Die Ministerinnen und Minister kamen zudem mit der Kommission überein, ihre koordinierten Kontakte zu internationalen Partnern und zuverlässigen Lieferanten fortzusetzen und rasch die europäische Plattform für die gemeinsame Beschaffung von Erdgas einzurichten. Diese soll die Energieversorgung der EU zu erschwinglichen Preisen gewährleisten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2022/05/02/>

## **Kommission; Eurostat; Interaktive Publikation 2022 „Licht auf die Energie in der EU“**

Eurostat veröffentlichte am 05.05.2022 eine neue Ausgabe ihrer jährlich erscheinenden interaktiven Publikation zum Thema Energie. Die Daten in dieser Ausgabe zeigen jährliche Zahlen bis 2020 (und Zahlen für das zweite Halbjahr 2021 zu Preisen). Gegebenenfalls werden die Auswirkungen der COVID-19-Krise kommentiert. Im Vergleich zu früheren Ausgaben wurde die Publikation neugestaltet. Sie bietet nun eine ganze Reihe interaktiver Visualisierungswerkzeuge, mit denen sich ausgewählte Indikatoren zum Energie- und Umweltsektor auf einfache Weise erkunden lassen. Außerdem ist die Publikation jetzt erstmalig in allen EU-Amtssprachen abrufbar.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/wdn-20220505-1>

## **Digital**

### **EP, Kommission, Rat; Einigung auf Digital Services Act (DSA)**

Die Verhandlungsführer von EP, Kommission und Rat haben am 23.04.2022 im Trilog eine Einigung auf den Digital Services Act (DSA) erzielt. Der DSA stärkt die Verantwortung digitaler Diensteanbieter für illegale Inhalte und harmonisiert als Verordnung Regelungen zu Meldeverfahren, Inhalte-Moderation und zu Online-Werbung. Für Online-Marktplätze gibt es neue Vorgaben, um den Verbraucherschutz zu erhöhen. Sie müssen künftig einschlägige Datenbanken stichprobenartig auf illegale Produkte durchsuchen und „zumutbare Anstrengungen“ unternehmen, um die Identität der Händler zu prüfen (sog. „Know your Customer“ Prinzip). Zielgerichtete Werbung wird eingeschränkt: Die Profilbildung zu Werbezwecken aufgrund von sensiblen Daten (z.B. politische und sexuelle Orientierung, Gewerkschaftszugehörigkeit, Religion) und die Verwendung der Daten von Minderjährigen für Werbezwecke werden verboten. Auch sog. „Dark Patterns“, die Nutzerinnen und Nutzer manipulieren, sollen künftig nicht mehr möglich sein. Der DSA legt außerdem sehr großen Plattformen mit über 45 Mio. Nutzerinnen und Nutzern in Europa besondere Verpflichtungen zur Risikoanalyse und hinsichtlich der Transparenz ihrer Algorithmen auf. Sie müssen u.a. jährlich die Risiken analysieren, die durch die Nutzung ihrer Dienste für Grundrechte, Datenschutz, Meinungs- und Medienvielfalt, Diskriminierungsverbot, Jugendschutz und Verbraucherschutz ausgehen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220412IPR27111/>

### **EuGH; Haftung von Diensteanbietern für das Teilen von Online-Inhalten**

Der EuGH hat mit Urteil vom 26.04.2022 in der Rechtssache C-401/19 die von POL erhobene Klage gegen Art. 17 der Richtlinie 2019/790 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt abgewiesen. Die in Art. 17 der Richtlinie statuierte Verpflichtung der Diensteanbieter für das Teilen von Online-Inhalten, die von den Nutzern hochgeladenen Inhalte vor ihrer öffentlichen Verbreitung zu überprüfen, ist nach Ansicht des EuGH mit den erforderlichen Garantien verbunden, um ihre Vereinbarkeit mit der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit zu gewährleisten. Der Unionsgesetzgeber habe, so der EuGH, eine klare und präzise Grenze für die Maßnahmen aufgestellt, die in Umsetzung der in dieser Bestimmung vorgesehenen Verpflichtungen getroffen oder verlangt werden können. Ferner führt der EuGH als Rechtfertigung u.a. das Verbot der allgemeinen Überwachung in Art. 17 sowie verfahrensrechtliche Garantien für Nutzerinnen und Nutzer an. Er folgt damit den Schlussanträgen von Generalanwalt Henrik Saugmandsgaard Øe vom 15.07.2021 (vgl. BaB 14/2021). POL hatte im Wege einer

Nichtigkeitsklage beanstandet, dass Art. 17 der Richtlinie 2019/790 über das Urheberrecht dazu führe, dass Internet-Plattformen von Nutzern online bereitgestellte Inhalte durch sog. Upload-Filter automatisch überprüfen und damit präventive Kontrollmechanismen einführen. Ein solcher Mechanismus untergrabe den Wesensgehalt des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit und erfülle nicht das Erfordernis der Verhältnismäßigkeit und der Notwendigkeit einer Beschränkung dieses Rechts.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-401/19>

### **Kommission; Erklärung zur Zukunft des Internets**

Die EU, die USA und 32 weitere internationale Partner, darunter Kanada und Japan, haben am 28.04.2022 eine von den USA initiierte Erklärung zur Zukunft des Internets unterzeichnet. Es handelt sich um eine politische Erklärung, die die Staaten nicht rechtsförmlich bindet. Sie bekennt sich zu einem offenen, freien, globalen, zuverlässigen und sicheren Internet. Das Internet soll als ein einziges, dezentralisiertes Netz von Netzen funktionieren – mit globaler Reichweite und gesteuert durch den Multistakeholder-Ansatz, bei dem Regierungen und zuständige Behörden mit Wissenschaftlern, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor, der Technik-Gemeinschaft und anderen zusammenarbeiten. Die Unterzeichner bekräftigen ihr Engagement für den Schutz und die Achtung der Menschenrechte im Internet. Sie zeigen sich besorgt angesichts der Unterdrückung der Freiheit im Internet durch autoritäre Regierungen, den Einsatz digitaler Instrumente zur Verletzung der Menschenrechte, die zunehmenden Auswirkungen von Cyberangriffen, die Verbreitung von illegalen Inhalten und Desinformation und der übermäßigen Konzentration von Wirtschaftsmacht. Die Staaten verpflichten sich zur Zusammenarbeit bei der Bewältigung dieser Entwicklungen und Risiken. Sie teilen auch die Überzeugung, dass digitale Technologien das Potenzial haben, Konnektivität, Demokratie, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/declaration-future-internet>

### **Kommission; Kartell-Untersuchung gegen Apple Pay**

Die Kommission hat dem US-Unternehmen Apple am 02.05.2022 von ihrer vorläufigen Auffassung in Kenntnis gesetzt, dass das Unternehmen seine beherrschende Stellung auf den Märkten für mobile Geldbörsen auf iOS-Geräten missbraucht habe. Durch Beschränkung des Zugangs zu einer Standardtechnologie für kontaktlose Zahlungen mit mobilen Geräten in Geschäften schränkt Apple nach Auffassung der Kommission den Wettbewerb im Bereich der mobilen Geldbörsen auf iOS-Geräten ein. Sie beanstandet, dass Apple die Entwickler von Apps für mobile Geldbörsen daran hindere, auf iOS-Geräten auf die erforderliche Hardware und Software zuzugreifen, wovon die unternehmenseigene Lösung, Apple Pay, profitiere. Die Mitteilung der Beschwerdepunkte ist ein förmlicher Schritt bei Untersuchungen mutmaßlicher Verstöße gegen EU-Kartellrecht (Art. 102 AEUV) durch die Kommission. Die Parteien werden schriftlich über die gegen sie vorliegenden Beschwerdepunkte in Kenntnis gesetzt und können Akteneinsicht nehmen, sich schriftlich äußern und eine mündliche Anhörung beantragen. Die Kommission hatte das Verfahren gegen Apple am 16.06.2020 eingeleitet. Sie will feststellen, ob das Verhalten von Apple in Zusammenhang mit Apple Pay gegen die EU-Wettbewerbsvorschriften verstößt. Das Verfahren wird unter dem Aktenzeichen AT.40452 geführt.

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case\\_details.cfm?proc\\_code=1\\_AT\\_40452](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=1_AT_40452)

### **Forschung; Internationale Forschungskooperation; EU-China;**

Am 22.04.22 haben die EU und China eine Verwaltungsvereinbarung für den Zeitraum 2021-2024 unterzeichnet, um gemeinsame Forschungsprojekte im Rahmen von zwei gemeinsam vereinbarten Forschungsleitinitiativen zu unterstützen: die Leitinitiativen Lebensmittel, Landwirtschaft und Biotechnologie sowie die neuen Leitinitiativen Klimawandel und Biodiversität. Die Forschungsprojekte sollen dazu beitragen, die wichtigsten Prioritäten der EU voranzubringen, wie die Verwirklichung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung. Die Themen der Leitinitiativen werden gemeinsam ausgearbeitet und konzentrieren sich auf den Forschungsbereich. Eine mögliche Ausweitung der ausgewählten Bereiche dieser EU-China-Kooperation über das Jahr 2024 hinaus soll von Fortschritten bei den Diskussionen über den allgemeinen Stand der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und China abhängen.

[https://ec.europa.eu/info/news/eu-and-china-have-signed-administrative-arrangement-support-cooperation-2022-apr-26\\_en](https://ec.europa.eu/info/news/eu-and-china-have-signed-administrative-arrangement-support-cooperation-2022-apr-26_en)

### **Kommission; Horizont Europa; Forschungsrat; ERC-Grants für Hessen**

Am 26.04.2022 hat die Kommission die neueste Liste der ausgewählten exzellenten Forschenden im Rahmen der neuen Runde der ERC-Förderung unter dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa veröffentlicht. Der ERC (Europäischer Forschungsrat) ist eine feste Komponente im Forschungsrahmenprogramm und basiert auf Exzellenzförderung, d.h. sehr wettbewerblichen Auswahlverfahren. Die ERC-Förderung ist somit höchst renommiert. Neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hessischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen erhalten ERC Advanced Grants. Diese Advanced Grants unterstützen visionäre Forschung mit bis zu 2,5 Mio. EUR für fünf Jahre. Die ERC-Grants gehen an: Prof. Dr. Iryna Gurevych, Fachbereich Informatik, TU Darmstadt; Prof. Dr. Ahmad-Reza Sadeghi, Fachbereich Informatik, TU Darmstadt; Prof. Dr. Stefanie Dimmeler, Institut für Kardiovaskuläre Regeneration, GU Frankfurt; Prof. Dr. Ivan Đikić, Institut für Biochemie II, Goethe-Universität Frankfurt; Prof. Dr. Andreas M. Zeiher, Institut für kardiovaskuläre Regeneration, GU Frankfurt; Prof. Dr. Peter R. Schreiner, Institut für Organische Chemie, JLU Gießen; Prof. Dr. Stefanie Dehnen, Fachbereich Chemie, Philipps-Universität Marburg; Dr. Martin Beck, Forschungsgruppe für Molekulare Soziologie, Max-Planck-Institut für Biophysik; Prof. Dr. Erin M. Schuman, Abteilung für Synaptische Plastizität, Max-Planck-Institute for Brain Research. Auch einer der erstmals ausgeschriebenen Grants des Europäischen Innovationsrats (EIC) geht nach Hessen an Prof. Jan Peters, Ph.D., Fachbereich Informatik, TU Darmstadt. Hinzu kommen zwei ERC Starting Grants über rund 1,5 Mio. EUR an Prof. Dr. Mirco Göpfert, Institut für Ethnologie, GU Frankfurt sowie an Prof. Dr. Lisbeth Zimmermann, Institut für Politikwissenschaft, GU Frankfurt. Zudem erhielt Prof. Dr. Sascha Preu, Fachbereich Elektrotechnik, TU Darmstadt, einen ERC-„Proof of Concept“- Grant.

<https://erc.europa.eu/news/erc-2021-advanced-grants-results>

### **Kommission; Horizont Europa; Forschung; Pauschalbeträge**

Am 26.04.22 hat die Kommission ein Informationsdokument zum Thema Pauschalfinanzierung im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa für Antragstellende veröffentlicht. Im Programm Horizont Europa kommen verstärkt Pauschalbeträge (Lump Sum Grants) zum Einsatz, die laut Kommission zur Vermeidung von Verwaltungs- sowie Finanzfehlern in der Abrechnung der Forschungsmittel beitragen. Die Kommission ist bestrebt, das Programm durch zunehmenden Einsatz von Pauschalbeträgen einfacher zu gestalten, da die tatsächlichen Kosten nicht mehr zu melden sind. Dies soll zu einem erleichterten

Zugang zu Anträgen in Horizont Europa führen, speziell für kleinere Organisationen sowie Neulinge. Laut der Kommission verfügen eher große Organisationen, die oft an Ausschreibungen teilnehmen, über hinreichende Kenntnisse hinsichtlich der Kostenerstattung. Durch Pauschalbeträge soll der Zugang zum Programm unter gleichen Bedingungen allen Antragstellenden offenstehen. Die Pauschalbeträge werden von der Kommission im Voraus festgelegt und im Ausschreibungstext ausgewiesen, wobei die Zahlung dieser Pauschalen nicht in Abhängigkeit zum Erfolg eines Forschungsprojektes steht. Die Einführung der Pauschalbeträge soll weiterhin schrittweise vorstattengehen und hat in diesem Jahr begonnen.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/cc123397-b6ea-11ec-b6f4-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-254704739>

### **Kommission; Horizont Europa; Städtemission; Klimaneutrale Städte;**

Am 28.04.2022 hat die Kommission die Auswahl der 100 Städte in der EU bekanntgegeben, die von der Kommission im Rahmen von Horizont Europa in den kommenden Jahren auf ihrem Weg hin zum Erreichen der Klimaneutralität 2030 besonders unterstützt werden sollen. Frankfurt am Main ist eine der 100 Städte. Weitere Städte in Deutschland sind u.a. München, Münster, Dortmund und Aachen. Diese „klimaneutralen intelligenten Städte“ dürfen nun an der „Cities Mission“ im EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa teilnehmen. Die 100 Städte (sowie 12 weitere Städte aus EU-Partnerländern wie z.B. der Türkei) konnten sich im sehr intensiven Auswahlverfahren unter 377 Bewerbungen durchsetzen. Im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms wird die Kommission in den kommenden drei Jahren insgesamt 360 Mio. EUR in Projekte in allen 100 Städten investieren, etwa in den Bereichen moderne Mobilität, Energie und Stadtplanung. Die ausgewählten Städte erhalten neben finanzieller Förderung auch maßgeschneiderte Beratung und Unterstützung und können sich an großen Innovationsmaßnahmen und Pilotprojekten beteiligen. Auch die Vernetzung untereinander, etwa zum Austausch über bewährte Verfahren, wird unterstützt. Im nächsten Schritt sollen die Städte „Klimastadt-Verträge“ ausarbeiten, die einen Gesamtplan für Klimaneutralität in allen Sektoren wie Energie, Gebäude, Abfallwirtschaft und Verkehr sowie Investitionspläne umfassen. Daran sollen unter anderem auch Forschungseinrichtungen sowie v.a. auch Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_2591](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_2591)

## Finanzdienstleistungen

### **Rat; EP; Vorläufige Einigung über einen überarbeiteten Rahmen für die Bankenabwicklung (Daisy chains)**

Der Rat und das EP haben sich am 28.04.2022 vorläufig auf einen überarbeiteten Rahmen für die Bankenabwicklung (Daisy chains) geeinigt. Damit soll der aufsichtsrechtliche Regulierungsrahmen für in der EU tätige Kreditinstitute gestärkt werden. Im Rahmen des Vorschlags zum Beteiligungsketten-Ansatz werden gezielte Anpassungen eingeführt, die zur Verbesserung der Abwicklungsfähigkeit von Bankinstituten beitragen sollen. Der überarbeitete Bankenabwicklungsrahmen der EU soll stärker dafür Sorge tragen, dass die Verlustabsorption und Rekapitalisierung von Banken, die finanziell nicht mehr tragfähig sind und abgewickelt werden müssen, durch private Mittel erfolgt. Durch den Vorschlag zum Beteiligungsketten-Ansatz wird der Bankenabwicklungsrahmen der EU wie folgt geändert: Aufnahme einer speziellen Behandlung für die indirekte Zeichnung von iMREL-fähigen Instrumenten (iMREL: interne Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige



Verbindlichkeiten); weitere Angleichung der Behandlung global systemrelevanter Institutsgruppen (G- SRI-Gruppen) mit einer multiplen Abwicklungsstrategie (Multiple Point of Entry, MPE) an die Behandlung, die im internationalen „Term Sheet“ des Finanzstabilitätsrats (FSB) über die Gesamtverlustabsorptionsfähigkeit („TLAC-Standard“) beschrieben ist und eine Präzisierung der Berücksichtigungsfähigkeit von Instrumenten im Kontext der internen TLAC.

[https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/04/28/daisy-chain-provisional-agreement-on-a-revised-bank-resolution-framework-which-will-help-ensure-that-banks-remain-resilient-and-capable-of-withstanding-future-shocks/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Daisy+chains:+provisional+agreement+on+a+revised+bank+resolution+framework](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/04/28/daisy-chain-provisional-agreement-on-a-revised-bank-resolution-framework-which-will-help-ensure-that-banks-remain-resilient-and-capable-of-withstanding-future-shocks/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Daisy+chains:+provisional+agreement+on+a+revised+bank+resolution+framework)

### **EBA; Makroprudenzieller Rahmen soll vereinfacht und verbessert werden**

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat am 29.04.2022 ihre Antwort auf den Aufruf der Kommission zur Abgabe von Stellungnahmen zur Überprüfung des makroprudenziellen Rahmens veröffentlicht. Darin schlägt sie eine Reihe von Empfehlungen zur Vereinfachung der Verfahren für einige der bestehenden makroprudenziellen Instrumente und zur stärkeren Harmonisierung anderer Instrumente vor. Das EU-Bankensystem erwies sich während der COVID-Pandemie als widerstandsfähig und die Banken versorgten die Realwirtschaft weiterhin mit Krediten. Dies war zum Teil den außerordentlichen fiskalischen, monetären und aufsichtsrechtlichen Maßnahmen zu verdanken, die eingeführt wurden und zu denen auch die Freigabe von makroprudenziellen Puffern gehörte. Die seit der Einführung des makroprudenziellen Rahmens gewonnenen Erkenntnisse, einschließlich derjenigen, die während der COVID-Pandemie gewonnen wurden, machten deutlich, dass einige gezielte Änderungen erforderlich sind, um den makroprudenziellen Rahmen wirksamer zu gestalten und das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern. Die EBA empfiehlt, die regulatorischen Kapitalpuffer wieder auf ein ausreichendes Niveau zu bringen, so dass sie bei künftigem Bedarf wieder freigegeben werden können; eine umfassende Bewertung des Zusammenspiels makroprudenzieller Maßnahmen mit anderen Eigenkapitalanforderungen, wie der Verschuldungsquote, den Eigenmitteln und den anrechenbaren Verbindlichkeiten (MREL), vorzunehmen; Beibehaltung klarer Rollen und Zuständigkeiten der verschiedenen an der mikro- und makroprudenziellen Politik beteiligten Behörden sowie eine enge Koordinierung zwischen ihnen; Aufnahme eines rechtlichen Mandats in die Eigenkapitalrichtlinie (CRD) zur Entwicklung von Methoden, die sowohl die Ermittlung anderer systemrelevanter Institute als auch die Festlegung von Pufferquoten abdecken; Vereinfachung des Textes der CRD und der Eigenkapitalverordnung (CRR) in Bezug auf die Governance-Verfahren für einige makroprudenzielle Maßnahmen; weitere Bewertungen der Fähigkeit der derzeitigen makroprudenziellen Instrumente zur Bewältigung von Umwelt-, Kryptoanlagen- und Cybersicherheitsrisiken vorzunehmen und die Einrichtung eines Aufsichts- und Überwachungssystems für Nicht-Bank-Kreditgeber und Ausweitung des Anwendungsbereichs des makroprudenziellen Rahmens auf Nicht-Bank-Kreditgeber.

<https://www.eba.europa.eu/eba-proposes-simplify-and-improve-macroprudential-framework>

## Finanzen

### **EuGH; Airbnb muss der Region Brüssel steuerliche Auskünfte geben**

Der EuGH hat am 27.04.2022 in der Rechtssache Airbnb Ireland gegen Région de Bruxelles-Capitale (C 674/20) im Vorlageverfahren verkündet, dass es nicht dem Unionsrecht widerspricht, wenn in einem Mitgliedstaat die Erbringer von Dienstleistungen der Immobilienvermittlung und insbesondere die für eine elektronische Plattform für Unterkünfte Verantwortlichen durch Rechtsvorschriften dazu verpflichtet werden, der Steuerverwaltung bestimmte Angaben über Geschäfte zu übermitteln, die die Beherbergung von Touristen betreffen. Eine solche nationale Rechtsvorschrift sei ihrer Art nach eine Steuervorschrift, die aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie für den elektronischen Zahlungsverkehr ausgenommen sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?docid=258321&mode=req&pageIndex=1&dir=&occ=first&part=1&text=&doclang=EN&cid=185178>

### **Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 7,5% gestiegen**

Am 29.04.2022 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) seine Schnellschätzung über die jährlichen Inflationsraten. Im April 2022 wird die jährliche Inflationsrate demnach im Euroraum bei 7,5% gegenüber 7,4% im März liegen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in MTA (4,9%), FRA (5,4%) und FIN (5,6%) gemessen, die höchsten in EST (19,0%), LIT (16,6%) und LET (13,2%). Für April wird erwartet, dass der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Energie (38,0% gegenüber 44,4% im März), gefolgt von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (6,4% gegenüber 5,0% im März) Industriegütern ohne Energie (3,8% gegenüber 3,4% im März) und Dienstleistungen (3,3% gegenüber 3,4% im März) kommt. Die Inflationsrate in DEU wird für den April auf 7,8%, für BEL auf 9,3% geschätzt.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14497757/2-29042022-AP-DE.pdf/14af9a6c-3601-6a86-2351-7e1bdf14989e>

### **Rat; Treffen von EUR-Gruppe und ECOFIN**

Am 03.05.2022 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Donohoe. Auf der Tagesordnung stand die Vervollständigung der Bankenunion. Am 03.05.2022 tagten ebenfalls die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Im Mittelpunkt der Beratungen der Ministerinnen und Minister stand die wirtschaftliche Erholung in Europa. Sie führten einen Gedankenaustausch über die Durchführungsbeschlüsse des Rates zur Billigung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne Bulgariens bzw. Schwedens.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2022/05/03/>

## Soziales

### **Kommission; Vorschlag zur Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus Drittländern**

Die Europäische Kommission hat am 27.04.2022 neue Vorschläge zur legalen Migration aus Drittstaaten in die Europäische Union vorgelegt. Die legale Migration ist Teil des Migrations- und Asylpaketes der Europäischen Kommission und beinhaltet gesetzgeberische, operative sowie politische Initiativen. Ziel ist es, die

Zusammenarbeit der EU-Wirtschaft mit Drittstaaten zu intensivieren. Hierfür schlägt die Kommission eine Überarbeitung einschlägiger Richtlinien vor und möchte die Einwanderungsverfahren für qualifizierte Fachkräfte vereinfachen. Enthalten sind auch Maßnahmen zur Erleichterung der Integration von Menschen aus der Ukraine.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_2654](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2654)

### **Kommission; Anhörung der Sozialpartner zum sozialen Dialog**

Im Rahmen einer Anhörung am 28.04.2022 konnten sich die Sozialpartner auf EU-Ebene mit der Europäischen Kommission über die bevorstehende Mitteilung zur Förderung des sozialen Dialogs austauschen, die im Herbst 2022 veröffentlicht werden soll. Die Sitzung wurde von Stefan Olsson, Direktor für Arbeitsbedingungen und sozialen Dialog, geleitet und von den Sozialpartnerorganisationen auf branchenübergreifender und sektoraler Ebene besucht. Die Sozialpartner tauschten sich mit der Europäischen Kommission darüber aus, wie der soziale Dialog auf EU-Ebene am besten organisiert werden kann, um den doppelten Übergang und die neuen Trends in der Arbeitswelt zu bewältigen. Der soziale Dialog ist auf EU-Ebene im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verankert. Aufgabe der EU ist es, einen sozialen Dialog zu fordern, der die Autonomie der Sozialpartner und die Vielfalt der nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen achtet. Eine weitere Anhörung zu dem geplanten Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum sozialen Dialog ist für den 31.05.2022 vorgesehen.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=10247&furtherNews=yes>

### **Kommission; Gewinner des Preises „Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt“ verkündet**

Am 28.04.2022 verkündete die Europäische Kommission die Gewinner des Preises „Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt“. Der Preis wurde zum ersten Mal verliehen und soll Städte, Gemeinden oder Regionen aus der EU ehren, die eine beispielhafte Integrationspolitik betreiben. Ziel der Kommission ist es, diesen von nun an jährlich zu vergeben, als Teil des EU-Aktionsplans gegen Rassismus 2020-2025. Hierdurch möchte die Europäische Kommission ihr Engagement für mehr Gleichheit ausbauen. Die diesjährigen Preisträger stammen aus den fünf Mitgliedstaaten DEU, KRO, ROM, SWE sowie ESP. Diese erhalten den Preis für ihre Arbeit zur Erreichung einer gerechteren Gesellschaft, in der Vielfalt sowie Inklusion unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter und LGBTIQ-Identität sowie die Integration von Roma gefördert werden. Aus DEU gewann Köln in der Kategorie „Kommunen mit einer Einwohnerzahl von mehr als 50.000 Personen“ den ersten Platz. In der zweiten Kategorie „Kommunen mit einer Einwohnerzahl von weniger als 50.000 Personen“ erlangte Ingelheim am Rhein den zweiten Platz. Die Gewinner wurden passend zum Auftakt des Europäischen Monats der Vielfalt am 28.04.2022 im Rahmen einer Online-Veranstaltung bekanntgegeben. Der Europäische Monat der Vielfalt hat es zur Aufgabe, die Arbeit von Organisationen, die inklusive Lebensbedingungen fördern, zu unterstützen. Ferner fördert die EU diverse Initiativen zu Vielfalt, Integration und gegen Ungleichheit, speziell in Bezug auf Roma. Im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) habe die EU den bisher größten Fonds zu Förderung von Rechten mit 1,55 Mrd. Euro für den Zeitraum 2021-2027 bereitgestellt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_2708](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_2708)

## **Studie zur Auswirkung von Quoten zur Geschlechtergerechtigkeit in Parlamenten vorgestellt**

Am 02.05.2022 hat das European Institute for Gender Equality (EIGE) eine Studie zur Geschlechtergerechtigkeit in Parlamenten vorgestellt. Demnach könne ein ausgewogenes Verhältnis bis 2026 erreicht werden. Allerdings könne es bei Ländern ohne eine Quote noch bis zu 20 Jahre dauern, ein solches zu erlangen. In den vergangenen Jahren ist eine positive Entwicklung des Geschlechtergleichgewichts in den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten zu beobachten, gesetzliche Quoten haben dabei eine Schlüsselrolle gespielt. Seit 2004 habe sich der Anteil weiblicher Abgeordneter in Ländern mit Quoten für Kandidaten verdoppelt, während er in Ländern ohne Quote zunächst höher, dann aber niedriger wurde. In vielen Fällen repräsentieren die Parlamente nur unzureichend die geschlechtsspezifische Vielfalt der Bevölkerung. Während Frauen in der Politik auf EU-Ebene gut vertreten sind und die derzeitige Europäische Kommission eine vollständige Geschlechterparität aufweist, ist die Vertretung von Frauen unter den Mitgliedern des Europäischen Parlaments in mehreren Mitgliedstaaten nach wie vor gering. Auf nationaler Ebene stellen Frauen nur ein Drittel der Parlamentsmitglieder, und auf regionaler und lokaler Ebene in der EU steht nur eine von fünf Versammlungen unter weiblicher Leitung. In Zukunft sind eine stärkere Fokussierung auf die Einführung gesetzlicher Quoten sowie zusätzliche Regeln erforderlich.

<https://eige.europa.eu/news/countries-legislated-quotas-could-achieve-gender-balance-parliaments-2026-those-without-may-take-close-twenty-years>

## **Kommission; Europäische Säule sozialer Rechte in leichter Sprache verfügbar**

Die Europäische Kommission hat am 04.05.2022 eine Version der Europäischen Säule für soziale Rechte und des dazugehörigen Aktionsplans in leichter Sprache veröffentlicht. Durch diese Version ist es vor allem Menschen mit geistiger Beeinträchtigung möglich, die Inhalte besser zu verstehen. Leichte Sprache erfüllt spezifische Kriterien in Bezug auf Struktur, Sprache sowie Illustration. Die Kommission betont, dass es besonders wichtig ist, dass alle Menschen Zugang zu Texten haben, um sich weiterzubilden, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen oder für ihre Rechte eintreten zu können. Dadurch werden sie befähigt, ein Teil der Gesellschaft zu sein. Zudem verpflichtet sich die Kommission weiterhin, leichte Sprache auf den Webseiten zu nutzen, um die Zugänglichkeit des Internets für alle zu fördern.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=10246&furtherNews=yes>

## **Gesundheit und Verbraucherschutz**

### **Kommission; Safety Gate-Jahresbericht für 2021**

Die Kommission hat am 25.04.2022 ihren Jahresbericht zum EU-Schnellwarnsystem für Produktsicherheit (Safety Gate), veröffentlicht. Der Bericht bezieht sich auf Warnmeldungen im Jahr 2021 und auf die von den nationalen Behörden ergriffenen Maßnahmen. In diesem Bericht führen erstmals Autos vor Spielzeug die Liste der gemeldeten Produkte an. Dabei ist die wichtigste Erkenntnis des Berichts, dass bei Autos die Maßnahmen hauptsächlich Rückrufe nach der Feststellung technischer Probleme betrafen, und der Maßnahmenswerpunkt bei Spielzeugen auf darin enthaltenen gefährlichen Chemikalien sowie Knopfzellen lag. Angesichts der COVID-19-Pandemie machen Schutzausrüstungen aber auch Gesichtsmasken einen wesentlichen Teil der gemeldeten Produkte aus. In Hinblick auf die

Konsumverlagerung auf Online-Shopping-Plattformen werden neue Instrumente entwickelt, um Verbraucherinnen und Verbraucher bei ihrem Online-Einkauf besser schützen zu können. Dazu hat die Kommission ein neues Instrument zur elektronischen Überwachung mit dem Namen „Web Crawler“ gestartet, das den nationalen Behörden dabei hilft, die im Safety Gate angezeigten Online-Angebote unsicherer Produkte zu erkennen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_22\\_1343](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_1343)

### **Kommission; Vorschlag für europäischen Gesundheitsdatenraum vorgelegt**

Die Kommission hat am 03.05.2022 einen Vorschlag zur Einrichtung eines europäischen Gesundheitsdatenraums vorgelegt. Bei dem europäischen Gesundheitsdatenraum (European Health Data Space – EHDS) handelt es sich um ein Kernstück der von der Kommission angestrebten Vollendung der europäischen Gesundheitsunion. Das von der Kommission vorgelegte Maßnahmenpaket beinhaltet eine Mitteilung sowie einen Verordnungsvorschlag zur Einrichtung des EHDS bis 2025. Übergeordnete Zielsetzung ist es, einen europäischen Rechtsrahmen zur Nutzung und zum grenzüberschreitenden Austausch von Gesundheitsdaten in der Gesundheitsversorgung, -forschung und –wirtschaft einzurichten. Hierbei strebt die Kommission an, dass den Bürgerinnen und Bürgern die Hoheit der Nutzung und Kontrolle ihrer Daten obliegt und ein hohes Niveau bezüglich des Datenschutzes sichergestellt wird. Durch die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Nutzung soll die Behandlungsmöglichkeit von Patientinnen und Patienten im Ausland erleichtert und die Gesundheitsforschung sowie die Entwicklung von Medizinprodukten und Arzneimitteln durch die Interoperabilität der erhobenen Daten gestärkt werden. Hiervon erhofft sich die Kommission einen maßgeblichen Impuls für die digitale Gesundheitsversorgung in der EU sowie für den europäischen Binnenmarkt. Zudem soll der Vorschlag die Krisenreaktionsfähigkeit bei zukünftigen grenzüberschreitenden Gesundheitsrisiken verbessern und durch die Digitalisierung von Gesundheitsdiensten zu Kosteneinsparungen für die öffentliche Gesundheitsversorgung bewirken.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaische-gesundheitsunion-kommission-bringt-europaischen-raum-fur-gesundheitsdaten-auf-den-weg-2022-05-03\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaische-gesundheitsunion-kommission-bringt-europaischen-raum-fur-gesundheitsdaten-auf-den-weg-2022-05-03_de)

### **Kommission; Konsultation zu Anforderungen für die Beförderung und Lagerung von Fischerzeugnissen**

Am 03.05.2022 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Vorschlag eines delegierten Rechtsakts über neue Anforderungen für die Beförderung und Lagerung von Fischerzeugnissen. Mit dieser Initiative werden die Vorschriften für die Beförderung und Lagerung von frischen Fischereierzeugnissen geändert. Sie soll die Verwendung von mit Wasser und Eis gefüllten Wannen sowie die Anwendung des „Superchilling“-Verfahrens ermöglichen, wodurch dasselbe hohe Maß an Lebensmittelsicherheit während der Beförderung und der Lagerung aufrechterhalten wird. Diese Initiative folgt positiven Stellungnahmen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Rückmeldungen sind bis zum 31.05.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13230-Lebensmittelsicherheit-neue-Anforderungen-in-Bezug-auf-die-Beforderung-und-Lagerung-von-Fischereierzeugnissen\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13230-Lebensmittelsicherheit-neue-Anforderungen-in-Bezug-auf-die-Beforderung-und-Lagerung-von-Fischereierzeugnissen_de)

### **EP; Einheitliche Ladekabel**

Das Parlament hat am 04.05.2022 sein Verhandlungsmandat zur Überarbeitung der Funkanlagenrichtlinie angenommen. Die neuen Regeln würden dafür sorgen, dass Verbraucher nicht mehr bei jedem Kauf eines neuen elektronischen Geräts ein neues Ladegerät und Kabel benötigen, sondern ein einheitliches Ladekabel für alle kleinen

und mittelgroßen Geräte verwenden können. Mobiltelefone, Tablets, Digitalkameras, Kopfhörer und Headsets, tragbare Videospielkonsolen und tragbare Lautsprecher, die über ein Kabel aufgeladen werden können, müssten mit einem USB-C-Anschluss ausgestattet sein, unabhängig vom Hersteller. Ausnahmen würden nur für Geräte gelten, die zu klein sind, um einen USB-C-Anschluss zu haben, wie Smartwatches, Gesundheits-Tracker und einige Sportgeräte. Diese Überarbeitung der Vorschriften ist Teil der umfassenden Bemühungen der EU, viele Erzeugnisse nachhaltiger zu gestalten, insbesondere Elektronikgeräte auf dem EU-Markt, und Elektronikabfälle zu reduzieren.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220429IPR28224/einheitliches-ladekabel-elektroschrott-verringern>

### **Kommission; Konsultation zum Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch**

Am 05.05.2022 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch. Mit Programm wird die Abgabe von Obst, Gemüse, Milch und bestimmten Milcherzeugnissen an Kinder gefördert. Damit einher gehen Bildungsmaßnahmen, durch die die Kinder mehr über die Landwirtschaft erfahren und gesunde Ernährungsgewohnheiten entwickeln sollen. Die Kommission wird das EU-Schulprogramm sowie die Maßnahmen zur Festsetzung dieser EU-Beihilfe überarbeiten und sich dabei auf die im Rahmen der Durchführung seit 2017 gewonnenen Erkenntnisse stützen. Diese Überarbeitung wird dazu beitragen, im Einklang mit der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ einen nachhaltigen Lebensmittelkonsum zu fördern. Rückmeldungen sind bis zum 28.07.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12970-Überarbeitung-des-EU-Schulprogramms-fur-Obst-Gemuse-und-Milch\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12970-Überarbeitung-des-EU-Schulprogramms-fur-Obst-Gemuse-und-Milch_de)

### **EuGH; Urteil zur Informationspflicht zu Herstellergarantien**

Am 05.05.2022 verkündete der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C 179/21 zur Informationspflicht von Internethändlern in Bezug auf Herstellergarantien. Der Gerichtshof kam zu dem Urteil, dass ein Unternehmer, der auf Websites wie Amazon eine nicht von ihm selbst hergestellte Ware anbietet, auf Grundlage der Verbraucherrechterichtlinie dazu verpflichtet ist, den Verbraucher über die Garantie des Herstellers zu informieren. Mit seinem Urteil hat der Gerichtshof entschieden, dass ein Unternehmer dem Verbraucher vorvertragliche Informationen zu einer gewerblichen Garantie des Herstellers zur Verfügung zu stellen hat, wenn der Verbraucher ein berechtigtes Interesse daran hat, um die Entscheidung treffen zu können, ob er sich vertraglich an den Unternehmer binden möchte. Der Gerichtshof hat außerdem entschieden, dass diese Informationen alle Angaben hinsichtlich der Bedingungen für die Anwendung und die Inanspruchnahme einer solchen Garantie umfassen müssen, die dem Verbraucher eine solche Entscheidung ermöglichen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-05/cp220075de.pdf>

U m w e l t

### **Kommission; Konsultation zu Thunfischfang im Atlantik**

Am 21.04.2022 hat die Kommission die Annahme des Vorschlags für eine Verordnung zur Aktualisierung der ICCAT-Bestandserhaltungs- und Kontrollmaßnahmen im Bereich des Thunfischfangs im Atlantik zur Konsultation gestellt. Die Internationale Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) ist befugt, Beschlüsse über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischbestände zu fassen, und

die EU ist an diese gebunden. Dazu wurden kürzlich Vorschriften erlassen, die die Fischesammelgeräte und Kapazitätsbeschränkungen für tropischen Thunfisch, Aufzucht von Rotem Thun, Fanggenehmigung von Weißem Thun und Schwertfisch, und Bewirtschaftungsmaßnahmen für Makrelenhai betreffen. Mit dieser Initiative werden diese Vorschriften in das EU-Recht aufgenommen. Rückmeldungen sind bis zum 16.06.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12938-Thunfischfang-im-Atlantik-Annahme-aktualisierter-ICCAT-Bestandserhaltungs-und-Kontrollmaßnahmen-durch-die-EU\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12938-Thunfischfang-im-Atlantik-Annahme-aktualisierter-ICCAT-Bestandserhaltungs-und-Kontrollmaßnahmen-durch-die-EU_de)

### **Kommission; Fahrplan zu nachhaltigen Chemikalien**

Die Kommission hat am 25.04.2022 einen Fahrplan für zukünftige Beschränkungsmaßnahmen schädlicher chemischer Stoffe veröffentlicht. Dies dient der Bereitstellung von Informationen bezüglich aller laufenden Arbeiten zu künftigen Beschränkungen im Rahmen des EU-Chemikalienrechts. Der Fahrplan priorisiert Gruppenbeschränkungen für die Stoffe, die für die menschliche Gesundheit und die Umwelt am schädlichsten sind, und orientiert sich dabei an der Strategie für nachhaltige Chemikalien. Der Fahrplan enthält eine fortlaufende Liste von Stoffen, die die Grundlage für die mehrjährige Planung im Rahmen von REACH bilden wird. Die Liste wird regelmäßig überprüft und aktualisiert. Durch diese Beschränkungen soll der Kontakt von Mensch und Umwelt gegenüber einigen der schädlichsten Chemikalien verringert werden.

<https://ec.europa.eu/docsroom/documents/49734>

### **Kommission; Konsultation zur Bewertung der Arbeit der Europäischen Umweltagentur**

Am 25.04.2022 hat die Kommission eine Sondierung zur Bewertung der Leistung der Europäischen Umweltagentur (EUA) und ihres Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (EIONET) im Zeitraum 2017-2021 eröffnet. Die EUA und EIONET sollen der EU und ihren Mitgliedstaaten sowohl objektive, zuverlässige und vergleichbare Umweltinformationen als auch erforderliche technische und wissenschaftliche Unterstützung zur Verfügung stellen. Im Rahmen dieser Initiative wird bewertet, was die EUA/das EIONET im Zeitraum 2017-2021 geleistet hat und wie wichtig ihr gestärktes Mandat im jüngsten politischen Kontext der EU ist.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13365-Europäische-Umweltagentur-Leistungsbewertung-2017-2021\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13365-Europäische-Umweltagentur-Leistungsbewertung-2017-2021_de)

### **EP; Verhandlungsposition für neue Regeln für persistente organische Schadstoffe**

Am 03.05.2022 hat das Parlament seine Verhandlungsposition für neue Regeln für persistente organische Schadstoffe (POP, *persistent organic pollutants*) und den Umgang mit Abfällen, die diese enthalten, mit 506 zu 68 Stimmen bei 49 Enthaltungen angenommen. Da diese langlebigen Schadstoffe nicht schnell abgebaut werden, stellen sie eine Bedrohung für die Umwelt und die menschliche Gesundheit weltweit dar. Materialien, die einen zu hohen POP-Gehalt aufweisen, müssen zerstört oder verbrannt und dürfen nicht recycelt werden, so das Parlament. Die Abgeordneten wollen zudem deutlich niedrigere POP-Grenzwerte für Erzeugnisse einführen als von der Kommission vorgeschlagen. Das Plenum ist darüber hinaus der Ansicht, dass die Verordnung auch die synthetische chemische Verbindung Perfluorhexansulfonsäure (PFHxS) abdecken muss, damit diese in die Liste der schädlichen Stoffe des Stockholmer Abkommens aufgenommen werden kann.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220429IPR28233/kreislaufwirtschaft-parlament-will-weniger-schadliche-chemikalien-im-abfall>

### **EuGH; Schlussanträge zur Haftung bei Gesundheitsschäden durch Luftverschmutzung**

Generalanwältin Kokott kam am 05.05.2022 in ihren Schlussanträgen in der Rechtssache C-61/21 zu dem Ergebnis, dass Mitgliedstaaten für Gesundheitsschäden durch zu hohe Luftverschmutzung haften können. Die EU-Grenzwerte und die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Luftqualität bezweckten, die menschliche Gesundheit zu schützen und dem Einzelnen Rechte zu verleihen. Geklagt hatte ein Einwohner des Ballungsraums Paris. Er verlangte vom französischen Staat Schadensersatz, weil die zunehmende Luftverschmutzung in diesem Ballungsraum seine Gesundheit geschädigt habe und der Staat nicht dafür gesorgt habe, dass die EU-weit einheitlich geltenden Grenzwerte eingehalten werden. Die Generalanwältin vertritt die Ansicht, dass eine Verletzung der unionsrechtlichen Grenzwerte zum Schutz der Luftqualität Schadensersatzansprüche gegen den Staat begründen könne.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-05/cp220078de.pdf>

## **L a n d w i r t s c h a f t**

### **Kommission; Konsultation zur Tiergesundheit**

Am 22.04.2022 hat die Kommission eine Konsultation für eine Durchführungsverordnung zur Tiergesundheit veröffentlicht. Die Registrierung und Zulassung von Betrieben, die Landtiere (d.h. Nutz- und Heimtiere) halten, ist in Teil IV des EU-Tiergesundheitsrechts geregelt, um die Tiergesundheit und den Tierschutz sicherzustellen. Mit dieser Initiative werden diese Vorschriften ergänzt mit besonderem Schwerpunkt darauf, welche Arten von Betrieben, Transportunternehmern und Unternehmern von den nationalen Registrierungs- und Aufzeichnungspflichten befreit werden können. Rückmeldungen sind bis zum 20.05.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12486-Tiergesundheit-Orte-an-den-Nutztiere-und-Heimtiere-Landtiere-gehalten-werden-zusätzliche-Vorschriften-de>

### **Kommission; Konsultation zu Vorschusszahlungen für sektorbezogene Interventionen (GAP)**

Am 25.04.2022 hat die Kommission den Entwurf für eine delegierte Verordnung über Vorschusszahlungen für sektorbezogene Interventionen im Rahmen von Strategieplänen eröffnet. Mit diesem delegierten Rechtsakt soll die Verordnung (EU) 2021/2116 dahingehend geändert werden, dass Vorschusszahlungen für sektorbezogene Interventionen in allen Agrarsektoren geleistet werden können. In den Sektoren Wein, Bienenzucht, Obst und Gemüse, Hopfen sowie in anderen Sektoren sollen gemäß Titel III Kapitel III der Verordnung Vorschusszahlungen möglich sein. Rückmeldungen sind bis zum 23.05.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13339-Gemeinsame-Agrarpolitik-Vorschusszahlungen-fur-sektorbezogene-Interventionen-im-Rahmen-von-Strategieplanen-einschließlich-neuer-Sektoren-de>



### **Kommission; Registrierung neuer Europäischer Bürgerinitiative**

Die Kommission hat am 27.04.2022 die Registrierung der Europäischen Bürgerinitiative „End The Slaughter Age“ (Schluss mit der Schlachtung von Tieren) beschlossen. So fordern die Organisatoren der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) die Kommission auf, die Tierhaltung von den Tätigkeiten auszuschließen, die für Agrarsubventionen in Betracht kommen, und stattdessen ethische und ökologische Alternativen wie zelluläre Landwirtschaft und Pflanzenproteine aufzunehmen. Zudem wird die Einführung von Anreizen für die Erzeugung und den Verkauf von pflanzlichen Erzeugnissen sowie Erzeugnissen der zellulären Landwirtschaft gefordert. Der Beschluss zur Registrierung erfolgt, da die Initiative die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt und greift den endgültigen rechtlichen und politischen Schlussfolgerungen der Kommission zur Initiative und den Maßnahmen, die sie gegebenenfalls zu ergreifen plant, falls die Initiative die erforderliche Unterstützung erhält, nicht vor. Nach der Registrierung haben die Organisatoren sechs Monate Zeit, mit der Sammlung von Unterschriften zu beginnen. Wenn eine Europäische Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhält, muss die Kommission darauf reagieren. Sie kann dann selbst entscheiden, ob sie der Initiative nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_2668](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2668)

### **Kommission; Konsultation zu Maßnahmen gegen Einschleppung von Pflanzenschädling *Meloidogyne graminicola***

Die Kommission stellte für die Zeit vom 27.04.2022 bis 25.05.2022 den Entwurf einer Durchführungsverordnung über Maßnahmen zur Verhinderung des Eintritts und der Ausbreitung der Wurzelknotennematoden *Meloidogyne graminicola* in die EU zur Konsultation. Wurzelknotennematoden sind pflanzenparasitäre Nematoden aus der Gattung *Meloidogyne*. Sie existieren im Boden in Gebieten mit heißem Klima oder kurzen Wintern. Etwa 2000 Pflanzen weltweit sind anfällig.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13453-Measures-to-prevent-the-entry-into-and-the-spread-within-the-Union-of-Meloidogyne-graminicola\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13453-Measures-to-prevent-the-entry-into-and-the-spread-within-the-Union-of-Meloidogyne-graminicola_de)

### **Kommission; Konsultation zu amtlichen Kontrollen bei lebenden Muscheln, Geflügel und Fischereierzeugnissen**

Am 27.04.2022 hat die Kommission den Entwurf einer Durchsetzungsverordnung im Bereich Lebensmittelsicherheit über amtliche Kontrollen in Bezug auf lebende Muscheln, Geflügel und Fischereierzeugnisse zur Konsultation gestellt. Diese Initiative zielt im Einklang mit den EU-Vorschriften über Lebensmittelhygiene auf die Ausweitung der Möglichkeit der Nichteinstufung von Erzeugungs- und Umsetzgebieten ab in Bezug auf die Ernte von allen Stachelhäutern (Meerestiere wie Seesterne), die keine Filtrierer sind. Außerdem sollen Analyseverfahren zum Nachweis des früheren Einfrierens bei Fischereierzeugnissen aufgenommen werden sowie Fleischuntersuchungen in Bezug auf Schlachtkörper von zur Erzeugung von Stopfleber („Foie gras“) gehaltenem Geflügel und von zeitlich verzögert ausgeweidetem Geflügel sowohl im Zerlegungs- als auch im Schlachtbetrieb. Rückmeldungen sind bis zum 25.05.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13328-Lebensmittelsicherheit-amtliche-Kontrollen-in-Bezug-auf-lebende-Muscheln-Geflugel-und-Fischereierzeugnisse-aktualisierte-Vorschriften-\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13328-Lebensmittelsicherheit-amtliche-Kontrollen-in-Bezug-auf-lebende-Muscheln-Geflugel-und-Fischereierzeugnisse-aktualisierte-Vorschriften-_de)

### **Kommission; Konsultation zum nachhaltigen EU-Lebensmittelsystem**

Am 28.04.2022 stellte die Kommission den Vorschlag für eine Verordnung zum nachhaltigen EU-Lebensmittelsystem zur Konsultation. Ziel dieser Initiative ist es, das EU-Lebensmittelsystem nachhaltig zu gestalten und die Nachhaltigkeit in allen Maßnahmen im Bereich der Lebensmittelpolitik zu integrieren. Zweck dieser Initiative ist es, allgemeine Grundsätze und Ziele sowie die Anforderungen an und die Zuständigkeiten aller Akteure im EU-Lebensmittelsystem festzulegen. Ferner sollen Vorschriften zur Nachhaltigkeitskennzeichnung und Mindestanforderungen für nachhaltige öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln, Governance und Überwachung festgesetzt werden. Rückmeldungen sind bis zum 21.07.2022 möglich.  
[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13174-Nachhaltiges-EU-Lebensmittelsystem-neue-Initiative\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13174-Nachhaltiges-EU-Lebensmittelsystem-neue-Initiative_de)

### **EuGH; Urteil zur Wein-Einfuhr aus einem Drittstaat**

Der Europäische Gerichtshof entschied am 28.04.2022 anders als von Generalanwalt Athanasios Rantos vorgeschlagen, dass eine von drittstaatlichen Behörden ausgestellte Bescheinigung über die Konformität einer Partie Wein mit den önologischen Verfahren der EU für sich genommen keinen Beweis dafür darstellt, dass diese Verfahren hinsichtlich der Vermarktung in der Union eingehalten worden sind. Sind diese Verfahren tatsächlich nicht eingehalten worden, obwohl eine entsprechende Bescheinigung ausgestellt worden ist, könne die Beweislast für ein Verschulden des Händlers nicht den mitgliedstaatlichen Behörden auferlegt werden. Im Ausgangsfall geht es um die Einfuhr von Wein aus Moldawien nach Tschechien.  
<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-04/cp220070de.pdf>

### **Rat; Änderung der Verordnung zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für 2022**

Am 28.04.2022 verabschiedete der Rat in einem schriftlichen Verfahren eine zweite Änderung der TAC- und Quotenverordnung 2022 für Kabeljau in den Gewässern von Spitzbergen (Svalbard) sowie in den internationalen Gewässern im Untergebiet 1 und in der Division 2b des Internationalen Rates für Meeresforschung (International Council for the Exploration of the Sea, ICES). Nach Abschluss der förmlichen Gespräche mit Norwegen, die die Kommission geführt hatte, hat der Rat die Unionsquote für 2022 für Kabeljau in den Gieten auf 19.636t festgesetzt. Diese wird auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt. Auf Deutschland entfallen 4.028t.  
[https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/04/28/the-council-amends-the-tacs-and-quotas-regulation-and-sets-a-union-quota-for-cod-in-svalbard-waters-for-2022/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=The+Council+amends+the+TACs+and+quotas+Regulation+and+sets+a+Union+quota+for+cod+in+Svalbard+waters+for+2022](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/04/28/the-council-amends-the-tacs-and-quotas-regulation-and-sets-a-union-quota-for-cod-in-svalbard-waters-for-2022/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=The+Council+amends+the+TACs+and+quotas+Regulation+and+sets+a+Union+quota+for+cod+in+Svalbard+waters+for+2022)

### **Kommission; Konsultation über Rechtsvorschriften für Pflanzen**

Am 29.04.2022 hat die Kommission den Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung eines Rechtsrahmens für Pflanzen, die mithilfe bestimmter neuer genomischer Verfahren gewonnen werden, zur Konsultation gestellt. Der neue Rechtsrahmen umfasst Pflanzen, die durch gezielte Mutagenese und Cisgenese gewonnen werden, sowie für die daraus hergestellten Lebens- und Futtermittel. Laut Kommission soll diese Initiative ein hohes Schutzniveau für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie für die Umwelt aufrechterhalten. Außerdem soll sie die Innovation im Agrar- und Lebensmittelsystem ermöglichen und zur Erreichung der Ziele des Europäischen Green Deals und der Farm-to-Fork-Strategie beitragen. Rückmeldungen sind bis zum 22.07.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13119-Rechtsvorschriften-fur-Pflanzen-die-mithilfe-bestimmter-neuer-genomischer-Verfahren-gewonnen-werden\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13119-Rechtsvorschriften-fur-Pflanzen-die-mithilfe-bestimmter-neuer-genomischer-Verfahren-gewonnen-werden_de)

### **Kommission; Wachstumspotenzial der EU-Ausfuhren von Agrar- und Nahrungsmitteln**

Die Kommission hat am 29.04.2022 eine Studie veröffentlicht, die einen umfassenden Überblick über die bestehenden und potenziellen Marktchancen und Herausforderungen für die EU-Akteure der Agrarwirtschaft beim Export ihrer Erzeugnisse über e-Commerce nach China bietet. Zudem werden in der Studie verschiedenen Faktoren ermittelt, die für die Exporteure von EU-Agrarlebensmitteln von Bedeutung sind, wie Erzeugnisse mit dem größten Potenzial, häufig auftretende Schwierigkeiten, die Aussichten bestimmter Erzeuger (KMU, Bio- und GA-Erzeuger), potenzielle Plattformen und Partner sowie Geschäftsmodelle und Initiativen zur Exportförderung. Die Studie kommt nach ihrer Analyse zu dem Schluss, dass die folgenden Produktkategorien enormes Potenzial haben: als gesund empfundene Produkte (beispielsweise pflanzliche Lebensmittel); Babynahrung; Weine und Spirituosen; geografische Angaben von Lebensmitteln (insbesondere Fleisch- und Milchprodukte); verpackte Bio-Produkte und Tiernahrung.

[https://ec.europa.eu/info/news/growth-potential-eu-agri-food-exports-e-commerce-china-2022-apr-29\\_de](https://ec.europa.eu/info/news/growth-potential-eu-agri-food-exports-e-commerce-china-2022-apr-29_de)

### **EP; Abstimmung zum Aktionsplan ökologischer Landbau**

Am 03.05.2022 verabschiedete das Parlament seine Position zum Aktionsplan ökologischer Landbau mit 611 zu 14 Stimmen. Die Parlamentarier stellen in ihrem Entschluss fest, dass es kein einheitliches Landwirtschaftsmodell für alle Länder und Regionen in der EU geben kann. Die Mitgliedstaaten sollten daher eigene nationale oder regionale Strategien für die ökologische Landwirtschaft entwickeln. Mit diesen Plänen sollen die Mitgliedstaaten z.B. die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln ankurbeln, etwa in der Gemeinschaftsverpflegung. Die Abgeordneten fordern, dass Bioerzeugnisse stärker in Kantinen und in der Schulverpflegung einziehen sollte und betonen die Vorteile der biologischen Erzeugnisse für die Gesundheit. Strukturelle und logistische Hindernisse sollen abgebaut werden. Das Ziel, dass bis 2030 25% der Fläche durch ökologischen Landbau bewirtschaftet werden soll, wie von der Kommission angestrebt, findet sich im Bericht des Parlaments nicht wieder. Der Ausbau des Ökolandbaus in Europa solle marktgetrieben ablaufen und das Angebot ökologisch erzeugter Waren gemeinsam mit der Nachfrage wachsen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0136\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0136_DE.html)

J u s t i z

### **EuGH; Live-Übertragung von Verhandlungen und Urteilsverkündungen**

Der EuGH bietet ab dem 26.04.2022 ein Streaming-System an. Die Verkündung der Urteile des EuGH und die Verlesung der Schlussanträge der Generalanwältinnen und Generalanwälte werden auf der Website des Gerichtshofs live übertragen. Die Übertragung, die derzeit nur bei Rechtssachen erfolgt, die der Großen Kammer zugewiesen wurden, startet jeweils zu Beginn der Sitzungen. Die mündlichen Verhandlungen in Rechtssachen der Großen Kammer des Gerichtshofs werden während einer Pilotphase von sechs Monaten grundsätzlich ebenfalls – zeitversetzt – übertragen. Die Sitzungen können entweder am selben Tag ab 14.30 Uhr (bei vormittags stattfindenden Sitzungen) oder am folgenden Tag ab 9.30 Uhr (bei

nachmittags stattfindenden Sitzungen) verfolgt werden, sind jedoch anschließend nicht mehr abrufbar.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-04/cp220063de.pdf>

### **Kommission; Verfahren gegen HUN wegen Rechtsstaatlichkeit eingeleitet**

Die Kommission hat am 27.04.2022 ein Verfahren zum Schutz des EU-Haushalts gegen HUN eingeleitet. Die Kommission sieht insbesondere angesichts von Verdachtsmomenten auf Korruption in der Regierung von Viktor Orbán an HUN gezahlte EU-Gelder gefährdet. Grundlage des Verfahrens ist die Verordnung über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union. Danach können einem Mitgliedstaat EU-Gelder gekürzt werden, wenn deren ordnungsgemäße Verwendung wegen rechtsstaatlicher Defizite nicht gewährleistet ist. Es ist das erste Mal, dass die Kommission den sog. Konditionalitätsmechanismus anwendet.

[https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-law/rule-law/rule-law-mechanism\\_de](https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-law/rule-law/rule-law-mechanism_de)

### **Kommission; Vorschlag zum Schutz kritischer Berichterstattung (SLAPP)**

Am 27.04.2022 hat die Kommission eine Richtlinie vorgeschlagen, mit der missbräuchliche Klagen gegen Journalistinnen und Journalisten, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie NGOs eingedämmt werden sollen. SLAPP-Klagen sind zivilrechtliche Klagen von Unternehmen, seltener von Privatpersonen oder Behörden, die überzogene Schadensersatzforderungen an kritisch berichtende Journalisten und Journalistinnen und Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft stellen. Der Begriff SLAPP ist ein Akronym aus dem englischen Terminus „strategic lawsuits against public participation“. Durch die Prozesskosten sowie die geltend gemachten hohen Schadensersatzsummen sollen Kritikerinnen und Kritiker eingeschüchtert und dazu gebracht werden, ihre kritische Berichterstattung einzustellen.

[https://ec.europa.eu/info/files/proposal-directive-strategic-lawsuits-against-public-participation-slapp\\_en](https://ec.europa.eu/info/files/proposal-directive-strategic-lawsuits-against-public-participation-slapp_en)

### **EuGH-Urteil; Rechtsanwaltskosten für Abmahnung wegen Filesharing**

Der EuGH hat am 28.04.2022 in der Rechtssache C-559/20 (Koch Media) entschieden, dass das Unionsrecht einer nationalen Regelung nicht entgegensteht, die vorsieht, dass in einem Fall, in dem die Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums von einer natürlichen Person außerhalb ihrer beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit begangen wurde, die Erstattung der Anwaltskosten pauschal auf der Grundlage eines begrenzten Streitwerts berechnet wird, sofern nicht das nationale Gericht der Ansicht ist, dass die Anwendung einer solchen Begrenzung unter Berücksichtigung der spezifischen Merkmale des ihm vorgelegten Falles unbillig ist.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=258489&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=2803783>

## Bildung und Kultur

### **Kultur; Kulturerbesiegel; Auswahl der neuen Stätten**

Am 28.04.2022 hat die Kommission zwölf weitere Stätten des Kulturerbes in Europa bekanntgegeben, die künftig das Europäische Kulturerbesiegel (EKS) tragen werden. Das EKS wird im Zwei-Jahres-Turnus von der Kommission an Kulturdenkmale, Kulturlandschaften, kulturelle Stätten oder Gedenkstätten vergeben, die einen herausragenden Zusammenhang zur europäischen Einigung haben oder an

gemeinsame europäische Werte erinnern. Es soll das Verständnis und die Wertschätzung der Bürger, insbesondere der jungen Menschen, für das gemeinsame und vielfältige Erbe der Europäischen Union steigern. Jeder Mitgliedstaat konnte zwei Vorschläge einbringen, von denen eine unabhängige Jury aus Experten aus der gesamten EU höchstens einen auswählte. In der aktuellen Runde wurden insgesamt 21 Bewerbungen eingereicht. In Deutschland bekam die Kulturlandschaft des Oderbruchs in Brandenburg den Zuschlag. Weitere Beispiele für in dieser Runde ausgezeichnete Stätten sind das Vučedol Culture Museum mit archäologischen Ausgrabungen in Vukovar (Kroatien) oder das Migrationsmuseum in Molenbeek/Brüssel (Belgien). Mit dieser Entscheidung erhöht sich die Gesamtzahl der Stätten, die das EKS tragen, auf 60 Stätten. Vergeben und organisiert wird das Siegel über das Kulturförderprogramm der EU Kreatives Europa (Creative Europe).

<https://culture.ec.europa.eu/de/cultural-heritage/initiatives-and-success-stories/traeger-des-europaeischen-kulturerbe-siegels>

## Information, Kommunikation und Medien

### **Kommission; Erklärung zum Welttag der Pressefreiheit**

Anlässlich des Welttages der Pressfreiheit am 03.05.2022 hat Josep Borrell, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, eine Erklärung für die EU abgegeben. Darin würdigt er insbesondere die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten, die ihr Leben riskieren, um über den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zu berichten. Er betonte, dass ihre Sicherheit eine Priorität der EU sei. Die EU leiste Soforthilfe für Medien und Journalistinnen und Journalisten, die über den Krieg in der Ukraine berichten. Diese Hilfe umfasse u.a. psychologische Unterstützung, die Bereitstellung von Helmen und anderer Schutzausrüstung sowie Finanzmittel zur Deckung der Gehälter. Die EU werde weiterhin für die Pressefreiheit kämpfen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/05/02/world-press-freedom-day-3-may-2022-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union/>

### **Kommission; weitere Sendeverbote für russische Staatsmedien**

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 04.05.2022 im EP bekannt gegeben, dass die Kommission im Rahmen eines sechsten Sanktionspakets Sendeverbote für drei weitere russische Staatsmedien vorgeschlagen hat. Welche TV-Sender betroffen sind, wurde nicht mitgeteilt. Den Medienunternehmen wird vorgeworfen, russische Propaganda und Desinformationen zum Angriffskrieg gegen die Ukraine zu verbreiten. Der Rat hat gegen die russischen Sender Russia Today und Sputnik bereits am 01.03.2022 Sendeverbote für die EU verhängt. Beide sind Sender des staatlichen russischen Medienunternehmens Rossija Sewodnja. Der Rat muss dem sechsten Sanktionspaket noch zustimmen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech\\_22\\_2785](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_22_2785)

## EU – Förderprogramme

### **Kommission; Förderaufruf über 10 Mio. EUR für sozial innovative Projekte**

Die Kommission hat einen neuen Förderaufruf für soziale Innovationen mit dem Gesamtbudget von 10 Mio. EUR gestartet. Mit den Mitteln sollen 15-20 Projekte für einen fairen, grünen sowie digitalen Übergang finanziert werden. Anträge können bis

zum 02.08.2022 eingereicht werden. Die ausgestattete Aufforderung ist Teil des Europäischen Sozialfonds. Die zu finanzierenden Aktivitäten können dabei unterschiedlicher Natur sein, beispielsweise in den Bereichen Kapazitätsaufbau, Sensibilisierung und Kommunikation, Entwicklung und Erprobung innovativer Ansätze zur Bekämpfung von Energie- und Verkehrsarmut sowie der Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit gefährdeter Gruppen.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=10248&furtherNews=yes>

## V e r a n s t a l t u n g e n

### **Europa nach den Wahlen: Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2022**

Am 24.04.2022 fand in FRA die Stichwahl um die Präsidentschaft statt. Staatspräsident Emmanuel Macron ist entgegen den Meinungsumfragen als klarer Sieger hervorgegangen. Im Juni stehen die Parlamentswahlen an. Nach derzeitigen Erhebungen wollen 56% der französischen Bevölkerung, dass Macron bei den Parlamentswahlen nicht die Mehrheit davonträgt, daher bestehe die Gefahr großer Bewegungen und Demonstrationen, sagte der EU-Journalist Karl De Meyer, Les Echos, am 02.04.2022 in Brüssel. Eingeladen zu der Veranstaltung „Frankreich hat gewählt“ hatten die Partnerregionen Nouvelle-Aquitaine und Hessen. 58,54% der französischen Bürgerinnen und Bürger haben sich in der Stichwahl für eine zweite Amtszeit von Macron entschieden, während Le Pen mit 41,46% verloren hat. Die Regionalrätin der Region Nouvelle-Aquitaine, Isabelle Boudineau, zuständig für Europa und Internationales, zeigte sich erleichtert über das Wahlergebnis, zugleich aber besorgt über die hohe Anzahl der Wählerinnen und Wähler, die sich ihrer Stimme im zweiten Wahlgang enthalten haben. Das zeige das fehlende Vertrauen in die öffentliche Hand, so Boudineau. De Meyer führte weiter aus, es habe in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl drei Blöcke gegeben: einen stark linksorientierten mit Jean-Luc Mélenchon, einen extremrechten mit Eric Zemmour sowie Emmanuel Macron. Verlierer waren die Grünen (Les Verts) mit unter 5%, die Republikaner fielen ins Uferlose mit 4,78% im Vergleich zu 2017 mit 20% und die „Parti Socialiste“ fiel von 6,36 auf 1,75%. Im zweiten Wahlgang habe Macron die Stimmen der Sozialisten und der Grünen gewonnen, führte De Meyer weiter aus. Mélenchon habe im Vorfeld der zweiten Runde seine Wähler eher zur Stimmenthaltung aufgefordert. Es wäre möglich, dass seine Partei zukünftig, insbesondere bei der anstehenden Parlamentswahl, noch stärker werden könnte. So habe Mélenchon in vielen größeren Städten an erster Stelle gestanden. Gleichzeitig habe er massiv für die Parlamentswahlen im Juni geworben, mit dem Ziel, Ministerpräsident zu werden. Normalerweise sei in den auf die Präsidentschaftswahlen folgenden Parlamentswahlen die Partei des gewählten Präsidenten erfolgreich. Es bleibe abzuwarten, ob das in dieser Wahl auch so kommen wird. Sollte Macron eine Mehrheit im Parlament hinter sich bringen, würde er eine starke Position im Europäischen Rat einnehmen. Das Ergebnis der der Wahl werde auch davon abhängen, wie viele Jung- und Nichtwähler Macron für seine Politik gewinnen kann. Es ist seine letztmögliche Präsidentschaft, die Verfassung schließt eine weitere Wiederwahl aus. Macron könne sich also innovativ zeigen, sagte De Meyer. Moritz Koch, Handelsblatt, hat die Veranstaltung moderiert.

### **Europa nach den Wahlen – „Slowenien hat gewählt“**

Machtwechsel in SLO: Der rechtskonservative slowenische Regierungschef Janez Janša ist de facto abgewählt. Die erst vor wenigen Monate gegründete liberale Partei „Freiheitsbewegung“ (GS) mit ihrem Vorsitzenden Robert Golob ist klarer Sieger der

Parlamentswahlen in SLO, sagte EU-Korrespondent Peter Žerjavič von der slowenischen Tageszeitung DELO am 26.04.2022 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel. Mit über 34% nach Auszählung von 99,98% der Stimmen ist die GS die stärkste politische Kraft, während die bislang in einer Koalition regierende SDS mit gut 23,56% eine Niederlage erlitten und schlechter abgeschnitten hat als bei der vorangegangenen Wahl im Jahr 2018. Der Wahlkampf zwischen Janez Janša und Robert Golob habe zu rückläufigen Ergebnissen der anderen Parteien geführt, führte Žerjavič weiter aus. Dabei haben vier bisher im Parlament vertretene Parteien die Vier-Prozent-Hürde verfehlt. Die Parteienlandschaft im Parlament sei nun deutlich übersichtlicher mit fünf Parteien. Janez Janšas SDS hätte nur die christdemokratische Partei NSi, die mit 6,85% abgeschnitten hat, als potenziellen Partner, was für eine Mehrheit im Parlament nicht ausreicht, sagte Peter Žerjavič, der die Wahlergebnisse vorgestellt hat. Die liberale GS und die sozialdemokratische Partei (SD), die eine Koalition bilden wollen, haben zusammen eine Mehrheit mit 48 Sitzen (41 GS +7 SD) im Parlament. Von den insgesamt 90 Sitzen ist je ein Sitz Vertretern der italienischen und der ungarischen Minderheit vorbehalten, die, so Žerjavič, normalerweise mit der jeweiligen Regierungspartei stimmen. Die Wahlbeteiligung war erstaunlich hoch und stieg von 53 im Jahr 2018 auf diesmal 70%. Dies sei darauf zurückzuführen, dass insbesondere junge Menschen in größeren Städten sich für die neue Freiheitsbewegung entschieden hätten, betonte der EU-Korrespondent. Im Sinne der „Freiheitsbewegung“ positiv ausgewirkt habe sich auch eine große Mobilisierungskampagne der Zivilgesellschaft „wir gehen wählen“. Golobs Programm im Wahlkampf sei „vage“ geblieben, meinte Žerjavič. Inhaltlich seien die Aufgaben für die künftige Regierung aber klar: Probleme im Gesundheitswesen beseitigen, grüne Wende, Wohnungsnot lindern, Stärkung der Zivilgesellschaft und Bekämpfung der Korruption sowie die Dauer-Themen: Corona und der Ukraine-Krieg. Golobs Sieg sei u.a. ermöglicht worden, weil er Normalität und Veränderung verkörpere, so der EU-Korrespondent. Vor allem aber, weil sich unter Janša die Politik in den vergangenen zwei Jahren verändert habe. Die Angriffe der Regierung gegen Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit ließen viele Slowenen, aber auch die EU, befürchten, dass sich SLO bei einer Wiederwahl Janšas noch weiter von der Demokratie entfernen würde. Golob will möglichst schnell, innerhalb eines Monats, eine Regierung bilden. Im September finden die Präsidentschaftswahlen und außerdem im Oktober noch Kommunalwahlen statt. Gudrun Engel, Fernsehkorrespondentin WDR hat die Veranstaltung moderiert.

#### **4. Hessische Regionalbankenkonferenz**

Am 26./27.04.2022 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel die 4. Regionalbankenkonferenz statt. Im Zentrum der Tagung stand die besondere Rolle deutscher Regionalbanken im gesamteuropäischen Kontext. Dabei ging es im Kern darum, wie kleinere und mittlere Banken bei der Regulierung auf europäischer Ebene entlastet werden können. Ebenso Teil der Debatten waren Fragen zur Nachhaltigkeit und Resilienz des Mittelstandes und dessen Finanzierung durch die Regionalbanken. Auf das Grußwort des Hessischen Staatsministers der Finanzen Michael Boddenberg und einen Einführungsvortrag von Stefan Reuß, dem Geschäftsführenden Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen (SGVHT), folgte ein Impuls des Geschäftsführenden Vize-Präsidenten der Kommission Dombrovskis. Im Anschluss daran fand eine Podiumsdiskussion zum Thema „Regulatorische Herausforderungen für regionale Banken in Zeiten des Wandels“, moderiert durch den Chefredakteur der Börsen-Zeitung Dr. Detlef Fechtner, statt. Neben dem Geschäftsführenden Vize-Präsidenten Dombrovskis und Finanzminister Boddenberg nahmen die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Nicola Beer MdEP (RN/DEU), der Vorstandsvorsitzende der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) Thomas Groß,

Markus Ferber MdEP (EVP/DEU) und Daniel Quinten, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken an der Diskussion teil. Am darauffolgenden Tag ging die Konferenz mit einem Vortrag und anschließendem Gespräch zum Thema „Wie sich Sparkassen in Umbruchzeiten bewähren“ mit Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) und Vize-Präsident der Europäischen Sparkassen- und Retailbankenvereinigung (ESBG), weiter. Danach folgte eine wissenschaftliche Aufbereitung durch Prof. Dr. Horst Gischer, Professor der Volkswirtschaftslehre an der Otto von Guericke Universität Magdeburg, der im Anschluss mit Engin Eroglu, MdEP (RN/DEU), ins Gespräch kam. Marija Kolak, Präsidentin des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), sprach außerdem zum Thema „Nachhaltigkeit als Kernthema für die genossenschaftliche Finanzgruppe“. Schließlich brachte der Vortrag von Manfred Schultheis, Geschäftsführer von VIBRA MASCHINENFABRIK SCHULTHEIS GmbH & Co und Mitglied DIHK-Mittelstandsausschuss, einen Blick auf Fragen der Regulierung aus Perspektive des Deutschen Mittelstandes. Die Veranstaltung endete mit einem Schlusswort durch den Hessischen Staatssekretär für Europaangelegenheiten Uwe Becker.

### **Veranstaltung in der Reihe Crisis Talks „Konferenz zur Zukunft Europas: Partizipation in Zeiten der Krise“**

Am 28.04.2022 lud die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, gemeinsam mit dem Leibniz-Forschungsnetzwerk „Umweltkrisen – Krisenumwelten“ sowie dem Forschungsverband „Normative Ordnungen – Goethe Universität Frankfurt“ zu einer Veranstaltung in der Reihe Crisis Talks „Konferenz zur Zukunft Europas: Partizipation in Zeiten der Krise“ im Rahmen eines Online-Livestreams der Hessischen Landesvertretung in Brüssel ein. Die Veranstaltung thematisierte vor allem den bisherigen Prozess der Konferenz, die Ergebnisse, deren Umsetzung sowie eine Fortsetzung. Die Veranstaltung fand mit Dr. Stefan Kroll, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung/ Goethe Universität Frankfurt am Main, Sarah Brockmeier, Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Stephanie Hartung, nationale Bürgervertreterin Deutschlands bei der Konferenz zur Zukunft Europas und Prof. Dr. Gianluca Sgueo, Senior Associate Fellow and Adjunct Professor at the Brussels School of Governance, statt. Matthias Kolb von der Süddeutschen Zeitung in Brüssel hat die Veranstaltung moderiert. Dr. Stefan Kroll erläuterte, dass aufgrund von Krisenzuständen das Vertrauen in die Politik verloren gehe. An dieser Stelle setzte die Konferenz zur Zukunft Europa, als partizipatorisches Instrument an. Denn Vertrauen könne durch Bürgerbeteiligung zurückgewonnen werden und Krisenfestigkeit stärken. Staatsministerin Lucia Puttrich hob hervor, dass die Konferenz ein großes europäisches Experiment sei, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Die Bürgerinnen und Bürger hätten das Bedürfnis nach mehr politischer Teilhabe. Man müsse weiterhin solche Formen der Bürgerbeteiligung vornehmen, um zu versuchen eine lebendigere EU zu etablieren. Sarah Brockmeier stellte fest, dass der Erfolg der Konferenz noch schwer zu bewerten sei, da die Ergebnisse nicht final vorliegen. Ferner führt sie an, dass die Konferenz eine riesige Herausforderung war und legt dar, dass es besonders wichtig bei solchen Projekten sei, ein klares Prozessdesign mit Zielen zu definieren. Stefanie Hartung hob positiv das Zusammentreffen von Politikerinnen und Politikern mit Bürgerinnen und Bürgern hervor, was es so noch nicht gegeben habe. Im Anschluss an die Konferenz würde sich nun zeigen, ob die Versprechen eingehalten werden und die Konferenz ein Erfolg war. Stefanie Hartung und Prof. Dr. Gianluca Sgueo bemängeln vor allem die geringe mediale Aufmerksamkeit der Konferenz, weshalb sie größtenteils unter dem Radar



stattgefunden habe. Prof. Dr. Gianluca Sgueo führt des Weiteren an, dass es sich bei der Konferenz um ein tolles Instrument handle, die Plattformen mitunter jedoch zu komplex waren. Der „Follow-up Prozess“, so alle übereinstimmend, sei für den Erfolg der Konferenz nun entscheidend.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### Rat

16.05.2022	Rat Auswärtige Angelegenheiten
17.05.2022	Rat Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung)
20.05.2022	Rat Auswärtige Angelegenheiten

### Europäische Kommission

11.05.2022	<ul style="list-style-type: none"><li>- DEBRA – Freibetrag als Anreiz gegen eine Bevorzugung der Fremd- gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung</li><li>- Fernabsatz von Finanzdienstleistungen für Verbraucher - Überprüfung der EU-Vorschriften</li></ul> <p>Paket zu Kinderrechten:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder</li><li>- Gesetzgebung zur wirksamen Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern</li></ul>
18.05.2022	<p>RePower EU</p> <p>Paket Internationale Energiepartnerschaften</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Neue Strategie für internationales Engagement im Energiebereich</li><li>- Gemeinsame Kommunikation zur Partnerschaft mit dem Golf</li></ul> <p>Paket indirekte Besteuerung</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Überarbeitung der Richtlinie zur Tabackbesteuerung</li><li>- Änderung der Richtlinie für allgemeine Verbrauchsteuerregelungen</li></ul>

## **Europäisches Parlament**

18.-19.05.2022

Plenarsitzung in Brüssel

Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit 2021  
Bericht über den Bericht 2021 der Kommission über Nordmazedonien  
Bericht über den Bericht 2021 der Kommission über Albanien  
Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen  
Schaffung des europäischen Bildungsraums bis 2025 – Microcredentials, individuelle Lernkonten und Lernen für eine nachhaltige Umwelt  
Bekämpfung der Straflosigkeit bei Kriegsverbrechen in der Ukraine, Erklärungen des Rates und der Kommission  
Europäische Solidarität und Energiesicherheit angesichts der Invasion der Ukraine durch Russland und der aktuellen Unterbrechung der Gaslieferungen an Polen und Bulgarien, Erklärungen des Rates und der Kommission  
Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine auf die Gesellschaft und die Wirtschaft in der EU – Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU, Entschließungsanträge

## **Ausschuss der Regionen**

12.05.2022

ECON-Fachkommissionssitzung

Europäisches Chip-Gesetz zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems (Meinungsaustausch)  
Datengesetz (Abstimmung)

## **Konferenz zur Zukunft der EU**

09.05.2022

Abschlussveranstaltung im EP-Straßburg

## **Europäischer Gerichtshof**

10.05.2022

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-252/21 Meta Platforms u.a. (Allgemeine Nutzungsbedingungen eines sozialen Netzwerks)  
Zusammenführung von Nutzerdaten aus verschiedenen Quellen

- 12.05.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-377/20 Servizio Elettrico Nazionale u.a.  
Missbrauch marktbeherrschender Stellung im Zuge der weiteren Liberalisierung des italienischen Elektrizitätsmarkts
- 12.05.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-426/20 Luso Tempo  
Leiharbeit: Finanzielle Abgeltung für nicht genommenen Urlaub
- 12.05.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-644/20 W. J. (Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts des Unterhaltsgläubigers)  
Unterhaltspflichten – Anwendbares Recht
- 12.05.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-883/19 P HSBC Holdings u.a. / Kommission  
Euro-Zinsderivate-Kartell
- 17.05.2022 Urteile des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-600/19 Ibercaja Banco, in den verbundenen Rechtssachen C-693/19 SPV Project 1503 und C-831/19 Banco di Desio e della Brianza u.a., in der Rechtssache C-725/19 Impuls Leasing România und in der Rechtssache C-869/19 Unicaja Banco  
Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Prüfung von Amts wegen
- 19.05.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-33/21 INAIL und INPS  
Ort der Sozialversicherungspflicht für Flugpersonal
- 19.05.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-569/20 Spetsializirana prokuratura (Gerichtsverfahren gegen einen flüchtigen Beschuldigten)  
Strafverfahren in Abwesenheit – Recht auf neue Verhandlung?

## **Europäisches Gericht**

- 11.05.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-913/16 Fininvest und Berlusconi / EZB  
Qualifizierte Beteiligung von Fininvest an Banca Mediolanum
- 11.05.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-577/20 Ryanair / Kommission (Condor; Rettungsbeihilfe)  
Rettungsbeihilfe für Condor

- 11.05.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-151/20  
Tschechische Republik / Kommission  
Klage auf Rückzahlung unter Vorbehalt überwiesener EU-  
Eigenmittel
- 18.05.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-609/19 Canon /  
Kommission  
Fusionskontrolle – Erwerb von Toshiba Medical Systems  
Corporation

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 20.05.2022.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA